



LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Schärding
über die Einschau in die Gebarung

der Gemeinde

St. Aegidi



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im Oktober 2011

Die Bezirkshauptmannschaft Schärading hat in der Zeit von 18.7. bis 13.9.2011 (mit Unterbrechung) durch einen Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Gemeinde St. Aegidi vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2008 bis 2010 und der Voranschlag für das Jahr 2011 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Schärading dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG	6
DETAILBERICHT	11
DIE GEMEINDE	11
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	12
HAUSHALTSENTWICKLUNG	12
KÜNFTIGE ENTWICKLUNG - MITTELFRISTIGER FINANZPLAN (MFP)	13
FINANZAUSSTATTUNG	14
STEUER- UND ABGABENRÜCKSTÄNDE	15
AUFSCHLIEßUNGS- UND ERHALTUNGSBEITRÄGE	15
UMLAGEN	16
FREMDFINANZIERUNGEN	17
DARLEHEN	17
KASSENKREDIT	18
HAFTUNGEN	18
RÜCKLAGEN	19
PERSONAL	20
DIENSTPOSTENPLAN	20
<i>Allgemeine Verwaltung</i>	21
<i>Volks- und Hauptschule</i>	21
<i>Bauhof</i>	21
GESCHÄFTSVERTEILUNGSPLAN - ARBEITSPLATZBESCHREIBUNGEN	21
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	22
WASSERVERSORGUNG	22
ABWASSERBESEITIGUNG	24
ABFALLBESEITIGUNG	26
KINDERGARTEN	27
AUFBAHRUNGSHALLE	29
AUSGEGLIEDERTE UNTERNEHMUNGEN	30
KG	30
GEMEINDEVERTRETUNG	31
GEMEINDEINTERNE PRÜFUNGEN	31
ORGANE DER GEMEINDE, GESCHÄFTSFÜHRUNG	31
SITZUNGSGELDER	31
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN	32
MIET- UND PACTVERHÄLTNISSSE	32
GRUNDBESITZ	32
BAUHOF/FUHRPARK	32
FEUERWEHRWESEN	33
GEMEINDEKOOPERATIONEN	33
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN	34
VERSICHERUNGEN	34
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT	35
INVESTITIONSTÄTIGKEIT 2008 - 2010	35
ÜBERBLICK ÜBER DEN AO. HAUSHALT MIT ENDE 2010 - SALDENBESTAND	36
SPORTANLAGE	36
GEHSTEIGBAU	36
SIEDLUNGSSTRAßENBAU 2007 - 2009	37
SPIEL- UND BEWEGUNGSPLATZ	37
WASSERVERSORGUNG	37

<i>BA 01</i>	37
<i>BA 02</i>	37
<i>BA 03</i>	38
ABWASSERBESEITIGUNG	38
<i>BA 03</i>	38
<i>BA 04</i>	38
<i>BA Grafendorf</i>	38
FINANZJAHR 2011 UND MITTELFRISTIGE PLANUNG	38
SCHLUSSBEMERKUNGEN	40

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Gemeinde St. Aegidi erzielte bis 2008 dank der konjunkturellen Hochphase und der bis dahin konstant wachsenden Ertragsanteile respektable Überschüsse bzw. tätigte beachtliche Investitionen und stellte beträchtliche Mittel des ordentlichen Haushalts dem ao. Haushalt zur Verfügung.

Im Jahr 2009 sank die Leistungsfähigkeit der Gemeinde drastisch um ca. € 300.000 ab. Die Finanzkrise führte zum massiven Einbruch bei den Ertragsanteilen und die Strukturhilfe wurde spürbar geschmälert. Die Gemeinde verlor in Summe annähernd €140.000 an Steuerkraft, während sie gegenläufig mit Umlagensteigerungen von annähernd €50.000 - nennenswert sind in diesem Zusammenhang die SHV-Umlage sowie der Krankenanstaltenbeitrag - konfrontiert war. Dieses negative finanzielle Umfeld ließ die Gemeinde erstmals im Jahre 2009 zur Abgangsgemeinde werden, wenn auch nur in bescheidenem Umfang. Der buchmäßige Abgang betrug zwar knapp €63.000, hätte allerdings weitestgehend vermieden werden können, wären die trotz Defizits getätigten Zuführungen an den ao. H. iHv ca. €48.000 unterblieben. Die Abgangsdeckung durch BZ-Mittel war für das Jahr 2009 daher gering bemessen.

Bereits spürbar verbessert hat sich das Gebarungsbild 2010, wenngleich das tatsächliche Ergebnis mit einem Defizit von knapp €144.000 einen gegenteiligen Eindruck vermittelt. Sowohl der unbedeckte Fehlbetrag 2009 als auch die Rücklagenzuführung der überschüssigen Finanzierungszuschüsse zum Kanalbau-Schuldendienst iHv €63.000 verdeckten im Wesentlichen die Tatsache, dass sich eine leichte Konsolidierung eingestellt hat. Zwar setzten sich die Umlagensteigerungen fort, dank der wieder angehobenen Strukturhilfe und der verbesserten Ausgabensituation durch eine Schuldendienstsenkung, einen verringerten Beitrag zur Kläranlage in Engelhartzell und nicht zuletzt infolge von diversen Einsparungen, u.a. auch bei Instandhaltungsaufwendungen, konnte in Summe eine moderate Verbesserung der laufenden Gebarung in der Größenordnung von ca. €70.000 erzielt werden. Auch der Investitionsbereich blieb von den Einsparungsmaßnahmen nicht ausgenommen.

Zur teilweisen Abgangsdeckung 2010 erhielt die Gemeinde im laufenden Jahr 2011 BZ-Mittel iHv €106.000, sodass knapp €38.000 vorerst unbedeckt bleiben.

Dass die Gemeinde trotz der schlechten Finanzkraft, bedingt durch strukturelle Schwächen, eine defizitäre Finanzlage über Jahre vermeiden konnte und auch die eingetretene Abgangssituation überschaubar ist, ist im Wesentlichen dem Umstand zu verdanken, dass sie bisher im Genuss außerordentlich hoher Finanzierungszuschüsse zu den Kanalbaudarlehen stand und auch weiterhin stehen wird, sodass der Netto-Schuldendienst damit auch mittelfristig keine Belastungsgröße darstellen wird. Nicht zuletzt aber nimmt auch die auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bedachte Gebarungsführung merklich positiven Einfluss auf die Gebarungsentwicklung.

Künftige Entwicklung - Mittelfristiger Finanzplan (MFP)

Im Budget 2011 wurde gemessen an den Vorjahren ein relativ hoher Haushaltsabgang iHv rd. €190.900 veranschlagt. Wenngleich zusätzlich noch ein unbedeckter Abgang aus dem Jahr 2010 von ca. €38.000 zu finanzieren ist, so kann realistischerweise davon ausgegangen werden, dass das Defizit 2011 nicht in diesem hohen Umfang zu erwarten ist. Zum Einen wurden die Prognosen für den Zuwachs an Ertragsanteilen im Jahre 2011 nach oben revidiert und können, bedingt durch den rascheren Ausbau der Wasserversorgung und der Kanalisation, auch Mehreinnahmen an Gebühren lukriert werden, andererseits zeichnet sich ausgabenseitig durch einen geringeren Netto-Schuldendienst sowie durch diverse Einsparungen in Summe vorerst keine nennenswerte Steigerung ab.

Die Annahme eines sehr moderaten Defizits im laufenden Jahr erscheint auch insofern legitim, als sich die freie Finanzspitze im Vorjahr trotz der noch vorherrschenden Auswirkungen der Finanzkrise bereits zu einem überraschend niedrigen Negativwert von

€ 17.000 entwickelt hat. Im Hinblick auf die wesentlich günstigeren Wirtschaftsprognosen für 2011 sollte eine weitere Steigerung der Eigenfinanzierungskraft möglich sein.

Zwar bewegen sich die im mittelfristigen Finanzplan errechneten Budgetspitzen für die Jahre 2012 - 2014 in etwa auf dem hohen negativen Niveau des Jahres 2011, im Durchschnitt somit in der Größenordnung von - € 190.000, sind aber realistischerweise ebensowenig zu erwarten wie der Negativwert im laufenden Jahr. Bei optimistischer Einschätzung und bei strikter Fortführung des Sparkurses liegt mittelfristig sogar ein Haushaltsausgleich im Bereich des Möglichen.

Infolge der defizitären Finanzlage war und ist die Gemeinde auch gezwungen, in begrenztem Umfang einen Kassenkredit in Anspruch zu nehmen. Während des Jahres 2010 musste der mit einem Höchststrahmen von € 350.000 festgesetzte Kassenkredit durchschnittlich nur zu etwa 57 % in Anspruch genommen werden. Liquiditätsverbessernd bzw. kreditentlastend wirkten bislang dabei die in der Verwahrgeldgebarung deponierten Rücklagenbestände. Mit Ende 2010 verfügte die Gemeinde über Mittel iHv € 305.000, die primär zur Erweiterung des Wasser- und Kanalnetzes benötigt werden.

Die Zinsbelastung aus der Inanspruchnahme eines Kassenkredites war aufgrund des niedrigen Zinsniveaus minimal.

Personal

Die Personalkostenquote beläuft auf rd. 26,7 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes. Der Wert relativiert sich aber im Hinblick auf die im pauschalierten Landesbeitrag inkludierten Ersätze des Landes für das Kindergartenpersonal.

Allgemeine Verwaltung

Der genehmigte Dienstpostenplan sieht in der allgemeinen Verwaltung insgesamt 3,9 PE vor und unterschreitet damit den für die Einwohnerkategorie bis 2.000 Einwohner in den Dienstpostenplanverordnungen maximal zulässigen Rahmen von 5 PE um 1,1 PE.

Die aktuelle Personalausstattung kann daher als durchaus angemessen gewertet werden und bewegt sich, gemessen an der Einwohnerzahl, auch im Bezirksdurchschnitt.

Mit dieser Personalbesetzung in der Verwaltung sollten daher aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren die Voraussetzungen für eine effiziente Führung der Gemeindeaufgaben gewährleistet sein.

Volks- und Hauptschule

Die Gemeinde beschäftigt für die Volks- und Hauptschule im Beschäftigungsverhältnis 35 % / 65 % einen gemeinsamen Schulwart als Facharbeiter in der Funktionslaufbahn GD 19. Teilweise werden von ihm auch Reinigungsarbeiten ausgeführt.

Im Zuge der in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierung des Schulwartes sollte im Sinne eines qualifikationsangepassten Arbeitseinsatzes angedacht werden, die Schulwart-tätigkeiten ausschließlich dem Bauhofpersonal zu übertragen.

Bauhof

Im Bauhofbereich verfügt die Gemeinde über 2 vollbeschäftigte Bedienstete mit Facharbeiterqualifikation.

Gemessen an der Größenordnung der Gemeinde und unter Bedachnahme auf den Umstand, dass beide Arbeiter auch mit der speziellen Funktion eines Wasser- und Kanalwartes bedacht sind und die Gemeinde angesichts eines ausgedehnten und aufgrund der Höhenlage zum Teil exponierten Straßennetzes von ca. 50 km mit einem erhöhten Betreuungsaufwand konfrontiert ist, erachten wir die Personalausstattung für sparsam.

Öffentliche Einrichtungen

Die betrieblichen Einrichtungen belasteten den Haushalt der Gemeinde in den Jahren 2008 und 2009 mit relativ moderaten Abgängen iHv ca. € 37.000 und € 57.000. Das Jahr 2010 bilanzierte hingegen in Summe sogar mit einem Plus von ca. € 33.000, das dem Betrieb der

Abwasserbeseitigung mit einem satten Überschuss zuzuschreiben ist. Mit Ausnahme des Kindergartens, der als markantester Defizitverursacher hervortritt und auch deutliche Defizitsteigerungen aufweist, zeigen die Salden der übrigen Einrichtungen eine positive Tendenz oder zumindest eine gleichbleibende Entwicklung.

Das Betriebsergebnis der öffentlichen Wasserversorgung konnte im Zeitraum 2008 - 2010 von einem Minus iHv ca. € 28.500 auf einen leicht positiven Saldo von ca. € 700 verbessert werden. Maßgeblich für diese erfreuliche Entwicklung war die Verbesserung der Einnahmesituation infolge des Netzausbaus wie auch der gesunkene Netto-Schuldendienst, der sich allerdings infolge des Beginns der Darlehenstilgung für den BA 02 im Jahr 2011 wieder moderat erhöhen wird. Lt. Voranschlag ist daher wieder mit einem Defizit in der Größenordnung von ca. € 14.000 zu rechnen. Im Hinblick darauf halten wir es aber, obwohl die Vorgaben des Landes für Abgangsgemeinden erfüllt werden, für notwendig, eine angemessene Gebührenanpassung vorzunehmen, nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass die Gebühren seit 2004 unverändert geblieben sind.

Ab 2012 bzw. mit Beendigung der Erweiterungsarbeiten bei den Bauabschnitten 02 und 03 ist die Anschlussgebühr um €300 sowie die Wasserbezugsgrundgebühr um €3,70 pro BE und die verbrauchsabhängige Gebühr um €0,11 pro m³ bezogenen Wassers anzuheben.

Der Betrieb der Abwasserbeseitigung präsentierte sich in den letzten 3 Jahren durchwegs positiv. Das Jahr 2008 schloss mit einem Betriebsüberschuss von ca. €43.000, der sich 2009 halbierte. Das Jahr 2010 bilanzierte hingegen wieder mit einem kräftigen Plus iHv ca. €109.000. Im laufende Jahr 2011 ist erneut ein verhältnismäßig bescheidener Überschuss budgetiert.

Verantwortlich für die starken Schwankungen im Betriebsergebnis sind in hohem Maße die zeitlichen Verzerrungen zwischen den Annuitätenleistungen und den hiezu gewährten Finanzierungszuschüssen. Darüberhinaus sind im laufenden Jahr 2011 die Finanzierungszuschüsse um annähernd €40.000 zu gering veranschlagt worden, sodass ein beachtliches Plus von mindestens €60.000 erwartet werden kann.

Grundsätzlich lässt sich prognostizieren, dass aufgrund der deutlichen Überhänge bei den Finanzierungszuschüssen - jene bewegen sich mittelfristig auf einem erfreulichen Niveau von ca. €33.000 - und der stetig steigenden Gebühreneinnahmen langfristig jedenfalls eine positive Betriebsgebarung gewährleistet sein wird.

Einen Abänderungsbedarf im Gebührenbereich hat die Gemeinde vorerst lediglich bei den Anschlussgebühren. Im Hinblick darauf, dass diese letztmalig mit Beginn 2006 angehoben wurden, halten wir daher eine moderate Anpassung für zumutbar.

Mit 1.1.2012 ist daher die Anschlussgebühr für einen Belastungsanteil von €3.100 (Wohnung) auf €3.540 anzuheben.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung verursachte im Zeitraum 2008 - 2010 einen geringen Gesamtfehlbetrag von ca. €2.200, der fast gänzlich 2010 erwirtschaftet wurde. Im Allgemeinen wird aber dem Prinzip der Kostendeckung Rechnung getragen. Um eine weitere Defizitbildung abzuwenden, wurde mittlerweile eine entsprechende Gebührenanpassung vorgenommen.

Um finanzielle Härten bei Einmalerhöhungen künftig zu vermeiden, schlagen wir vor, die Abfallgebühren jährlich einer Indexanpassung zu unterziehen.

Das Kindergarten-Betriebsergebnis hat sich in den letzten 3 Jahren sukzessive verschlechtert. Das Defizit stieg von ca. €45.000 im Jahre 2008 auf ca. €67.000 im Jahre 2010 an, womit die Gemeinde im Vorjahr bei einem Durchschnittsbesuch von 36 Kindern pro Kind ca. €1.850 zugeschossen hat. Verantwortlich für diesen hohen Zuschuss waren primär die gestiegenen Personalaufwendungen, die durch die Einstellung einer zweiten Hilfskraft für die Integrationsgruppe sowie die Ausweitung der Öffnungszeiten erforderlich wurden. Dieser hohe Wert ist aber nicht zuletzt auch der seit 2010 deutlich gesunkenen Besucherfrequenz anzulasten. Für das Kindergartenjahr 2011/12 lassen die Anmeldungen nur mehr einen

Besuch von 26 Kindern erwarten. Nach Ablauf dieser Periode sollte allerdings der Negativtrend überwunden sein.

Das Defizit 2008 der Schulausspeisung von nur ca. € 5.900 hat sich in den letzten beiden Jahren auf durchschnittlich € 7.900 erhöht und damit leicht verschlechtert. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem beträchtlichen Rückgang der Besucher, der nicht nur demografisch bedingt ist, sondern vielmehr primär aus der Umstellung der Öffnungszeiten der Schulküche von 5 auf 4 Ausspeisungstage resultiert.

Der Abgang für das laufende Jahr wird sich abweichend vom veranschlagten Minus iHv ca. € 4.500 voraussichtlich wieder dem Niveau der letzten beiden Jahre annähern, da mit einem Anstieg der Lebensmittelkosten wie auch, krankenstandsbedingt, mit erhöhten Personalaufwendungen zu rechnen sein wird.

Dass die Gemeinde trotz optimierten Personaleinsatzes und einer sparsamen Bewirtschaftung den Abgang nicht auf niedrigerem Niveau halten kann, ist nicht zuletzt auch im fortgeschrittenen Dienstal der beiden Köchinnen begründet.

Eine moderate Anhebung des Entgeltes für Kinder würde eine weitestgehende Kostendeckung zur Folge haben.

Wir schlagen daher vor, ab 2012 das Essensentgelt für Kinder um € 0,30 anzuheben.

Weitere wesentliche Feststellungen

Der gesamte Jahresaufwand 2010 an Versicherungsprämien belief sich auf ca. € 14.900 und lag damit, gemessen an der Einwohnerzahl der Gemeinde, im Bezirksdurchschnitt.

Wenngleich die Prämienleistungen angemessen erscheinen, so empfehlen wir angesichts der Marktdynamik dennoch, nach der letztmalig im Jahre 2000 erfolgreich durchgeführten unabhängigen Versicherungsanalyse zur Auslotung möglicher Einsparpotenziale die bestehenden Verträge neuerlich einer Optimierungsprüfung durch ein unabhängiges Beratungsunternehmen zu unterziehen.

Außerordentlicher Haushalt

Die Investitionstätigkeit sowie das -volumen der letzten 3 Jahre waren sehr beachtlich. Den Schwerpunkt bildete der Siedlungswasserbau, wobei der Ausbau der öffentlichen Kanalisation in etwa die Hälfte und die Erweiterung der Wasserversorgung in etwa ein Viertel der Gesamtinvestitionssumme in Anspruch nahm.

Aber auch die übrigen Vorhaben - erwähnenswert sind der Straßenausbau inkl. Gehsteigerrichtung, der Neubau der Sportanlage sowie die Errichtung eines Spiel- und Bewegungsplatzes - stellen einen enormen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der örtlichen Infrastruktur dar.

Die Bedeckung dieser ao. Investitionen musste mit knapp € 1,3 Mio. bzw. zu rd. 54 % und damit in etwa zur Hälfte aus Fremdfinanzierungsmitteln, primär innerhalb des Förderrahmens für Siedlungswasserbauten, aufgebracht werden. Für Letztere wurden auch vorerst tilgungsfrei gestellte Investitionsdarlehen des Landes iHv insgesamt ca. € 284.000 gewährt. Aber nicht nur diese Darlehen, sondern auch die in Anspruch genommenen Bankdarlehen stellen trotz der beachtlichen Höhe mittelfristig keine nennenswerte nachhaltige Budgetbelastung dar, da der entsprechende Schuldendienst weitestgehend durch Finanzierungszuschüsse gedeckt ist.

Mit Ende 2010 weist der Rechnungsabschluss der Gemeinde im ao. Haushalt einen Gesamtabgang von ca. € 142.000 auf, der überwiegend durch den Siedlungswasserbau verursacht wurde. Die Gemeinde hat hierfür keine gesonderten Zwischenfinanzierungen getätigt, da aufgrund der moderaten Rücklagenbestände in der Verwahrgeldgebarung trotz des Abgangs im ordentlichen Haushalt die Liquidität gegeben war und auch derzeit noch gewährleistet ist.

Die Bedeckung sämtlicher mit Ende 2010 aushaftender Finanzierungslücken ist gesichert. In diesem Zusammenhang lässt sich generell feststellen, dass ao. Vorhaben stets mit Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde bzw. nur bei gesicherten Finanzierungen in Angriff genommen wurden.

Das ao. Budget des laufenden Jahres 2011 der Gemeinde wird nach wie vor primär von den Investitionen im Siedlungswasserbau bestimmt. Neuerlich veranschlagt sind auch Ausgaben für den Liegenschaftsankauf zur Neuerrichtung des Amtsgebäudes. Ein eher bescheidenes Kostenvolumen ist für die Fortführung des Straßenbauprogramms sowie die Fertigstellung des Spiel- und Bewegungsplatzes vorgesehen.

Die mittelfristige Investitionsplanung sieht neben einer Weiterführung der Siedlungswasser-tätigkeit und einer moderaten Fortführung des Straßensanierungsprogramms als zukünftige Neuprojekte vor allem die Kindergartensanierung sowie die Sanierung der Turnhalle der Volks- und Hauptschule sowie die Neuerrichtung des Amtsgebäudes vor. Auch der Ankauf eines Kleinlöschfahrzeuges ist beabsichtigt und sollte entsprechend den schriftlichen Mittelzusagen 2012/2013 möglich sein.

Während für die Kindergartensanierung die aufsichtsbehördliche Genehmigung bereits für das Frühjahr 2012 in Aussicht gestellt wurde, soll der Neubau des Amtsgebäudes nach Mitteilung des zuständigen politischen Referenten erst 2014 realisiert werden können.

Detailbericht

Die Gemeinde

Politischer Bezirk:	Schärding	Infrastruktur Bildung, Kinderbetreuung:	
Gemeindegröße:	28,75 km ²	Kindergarten	1
Seehöhe (Hauptort):	598 m	Volksschule	1
Besiedelung:	37 Ortschaften	Hauptschule	1
Einwohner:		Infrastruktur Straßen:	
Volkszählung 2001	1.642	Gemeindestraßen	2,9 km
ZMR 2008	1.628	Güterwege	46,7 km
ZMR 2010	1.609	Landesstraßen	15,3 km
Wirtschaftsbetriebe:		Feuerwehren:	2
Agrar-, Forstbetriebe	137	Ausgegliederte Rechtsträger, Beteiligungen:	
Gewerbe, Industrie	52	Verein zur Förderung der Infrastruktur der	
Gemeinderat:	19 Mitglieder	Gemeinde St. Aegidi & Co KG	
	(ÖVP 13, SPÖ 2, FPÖ 4)	Wesentliche Mitgliedschaften, Kooperationen:	
Bürgermeister:	ÖVP	Bezirksabfallverband Schärding	
Budgetrahmen:	€ 2,28 Mio. (Einnahm.)	Sozialhilfeverband Schärding	
Finanzkraftfrang 2010:		Kanal-Erhaltungsverband Oberes Donautal	
Bezirk (30 Gemeinden)	20	Wegeerhaltungsverband Innviertel	
OÖ.(444 Gemeinden)	319	Leaderregion Sauwald	

Die Gemeinde St. Aegidi - auf einer Seehöhe von 598 m gelegen - gehört mit einer Fläche von 28,75 km² zu den flächenmäßig größeren Gemeinden des Bezirkes Schärding. St. Aegidi ist eine rein land- und forstwirtschaftlich geprägte Gemeinde mit einer innovativen Landwirtschaft. Mit einem Waldanteil von 38 % an der Gesamtgemeindefläche sind die Landwirte auch Energielieferanten für sämtliche öffentlichen Gebäude. 37 Ortschaften sind durch 50 km Güterwege und Gemeindestraßen verbunden.

Mit dem Erwerb von Bauland im Hauptort St. Aegidi konnten die Voraussetzungen für eine verstärkte Siedlungstätigkeit geschaffen werden, womit die zunehmende Abwanderung aus ländlichen Gebieten vorerst gebremst bzw. ein Einwohnerzuwachs möglich wurde (VZ 1991 1.592 Ew.; VZ 2001 1.642 Ew.). Die Registerzählungen 2008 (1.628 Ew.), 2009 (1.624 Ew.) und 2010 (1.609 Ew.) widerspiegeln allerdings bereits einen rückläufigen Trend.

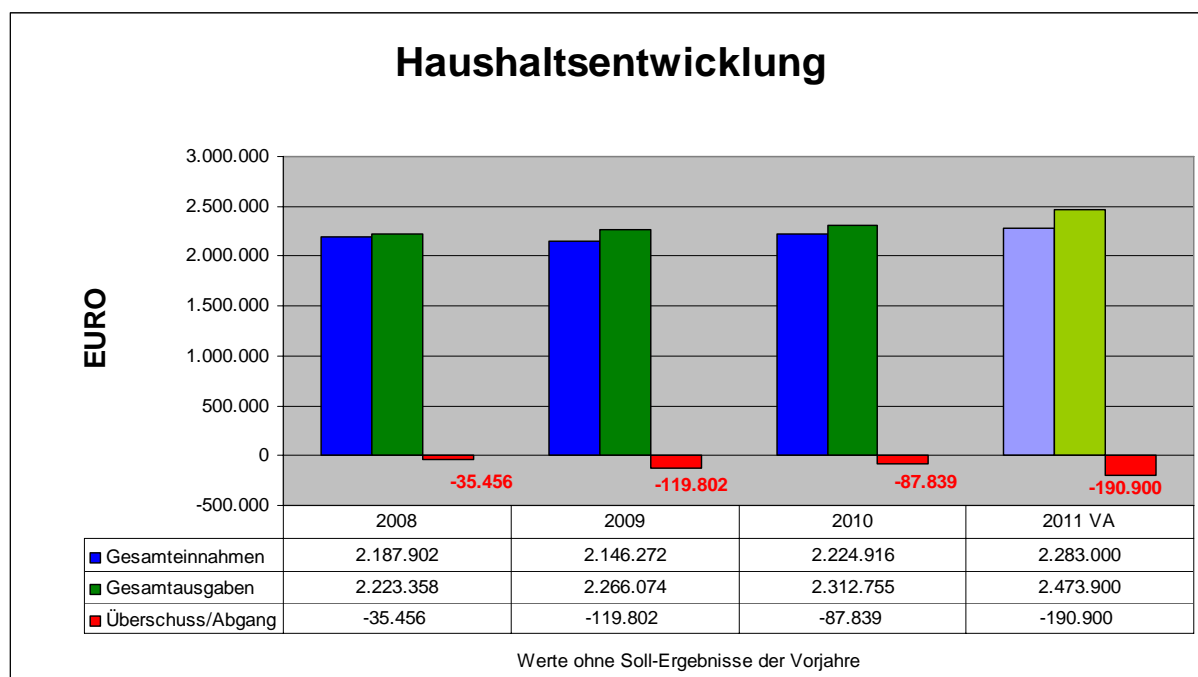
Die wirtschaftliche Ausrichtung der Gemeinde spielt auf Grund der relativ geringen Anzahl an Betrieben, vorwiegend Kleinbetriebe, eine eher untergeordnete Rolle. Dementsprechend ist auch die finanzielle Ausstattung der Gemeinde, die mit ihrer im landesweiten Vergleich schlecht positionierten Finanzkraft, verbunden mit den rückläufigen Einnahmen seit der Wirtschaftskrise bei den gemeinschaftlichen Abgaben und den andererseits ständig steigenden Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich den Haushaltsausgleich (2009 erstmals Abgangsgemeinde) nicht mehr schafft.

Im Mittelpunkt der infrastrukturellen Maßnahmen standen in den vergangenen Jahren in erster Linie der Ausbau der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von knapp € 7,9 Mio.. Weiters wurden straßenbauliche Investitionen getätigt und in den Jahren 2007-2010 ein Klubgebäude neu errichtet sowie im Schulbereich ein Spiel- und Bewegungsplatz geschaffen.

Als zukünftige Neuprojekte sind neben einer moderaten Fortführung des Straßenbau- und Sanierungsprogramms die Errichtung eines Amtsgebäudes, die Ersatzbeschaffung eines Kleinlöschfahrzeuges, die Kindergarten- und Turnhallensanierung und der weitere Ausbau der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung geplant.

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die oa. Grafik weist in den Jahren 2008 und 2009 im Vergleich mit den tatsächlichen Ergebnissen deutlich schlechtere Werte auf, da in beiden Jahren noch Überschüsse aus Vorjahren zur Verfügung standen. Dadurch konnte der erstmals im Jahr 2009 erwirtschaftete Abgang im ordentlichen Haushalt deutlich geschmälert werden.

Das Defizit 2010 lt. Rechnungsabschluss fiel hingegen vergleichsweise hoch aus, da die Gemeinde für den abgewickelten Fehlbetrag 2009 von knapp € 63.000 lediglich einen Teilausgleich aus BZ-Mitteln von nur € 7.000 erhielt.

Ergänzend zu den Rechnungsabschlussergebnissen sind nachstehend auch die freien Finanzspitzen gegenübergestellt, die sich ausschließlich aus den laufenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben errechnen und damit ein Indikator für die Eigenfinanzierungskraft bzw. die tatsächliche Leistungsfähigkeit einer Gemeinde sind:

	2008	2009	2010
RA - Ergebnisse inkl. Vorjahre rd. €	7.200	- 62.900	- 143.900
Freie Finanzspitzen lt. RA rd. €	220.000	- 88.000	- 17.000

Das Jahr 2008 war noch geprägt von der hochkonjunkturellen Phase, die Ertragsanteile erreichten einen absoluten Spitzenwert. Die Gemeinde konnte in diesem Jahr beträchtliche Mittel des ordentlichen Haushaltes in der Größenordnung von ca. € 150.000 an den ao. Haushalt zuführen und darüberhinaus noch Investitionen von ca. € 90.000 tätigen.

Im Jahr 2009 sank die Leistungsfähigkeit der Gemeinde drastisch um ca. € 300.000 ab. Die Finanzkrise führte zum massiven Einbruch bei den Ertragsanteilen und die Strukturhilfe wurde spürbar geschmälert. Die Gemeinde verlor in Summe annähernd € 140.000 an Steuerkraft, während sie gegenläufig mit Umlagensteigerungen von annähernd € 50.000 konfrontiert war. Sie hat erstmals einen Abgang im o. H. von knapp € 63.000 erwirtschaftet, der allerdings weitestgehend zu vermeiden gewesen wäre. Unzulässigerweise wurden trotz Defizits Zuführungen an den ao. H. iHv ca. € 48.000 getätigt. Die Abgangsdeckung durch BZ-Mittel war für das Jahr 2009 daher gering bemessen.

Bereits spürbar positiver präsentiert sich die freie Finanzspitze 2010, wenngleich das tatsächliche Ergebnis signifikant abweicht. Sowohl der unbedeckte Fehlbetrag 2009 als auch die Rücklagen-Zuführung der überschüssigen Finanzierungszuschüsse zum Kanalbau-Schuldendienst iHv €63.000 verdeckten im Wesentlichen die Tatsache, dass sich eine leichte Konsolidierung eingestellt hat. Zwar setzten sich die Umlagensteigerungen fort, dank der wieder angehobenen Strukturhilfe und der verbesserten Ausgabensituation durch eine Schuldendienstsenkung, einen verringerten Beitrag zur Kläranlage in Engelhartzell und nicht zuletzt infolge von diversen Einsparungen, u.a. auch bei Instandhaltungsaufwendungen, konnte in Summe eine moderate Verbesserung der laufenden Gebarung in der Größenordnung von ca. €70.000 erzielt werden. Auch der Investitionsbereich blieb von den Einsparungsmaßnahmen nicht ausgenommen.

Zur teilweisen Abgangsdeckung 2010 erhielt die Gemeinde im laufenden Jahr 2011 BZ-Mittel iHv €106.000, sodass knapp €38.000 vorerst unbedeckt bleiben.

Dass die Gemeinde trotz der schlechten Finanzkraft, bedingt durch strukturelle Schwächen, eine defizitäre Finanzlage über Jahre vermeiden konnte und auch die eingetretene Abgangssituation überschaubar ist, ist im Wesentlichen dem Umstand zu verdanken, dass die Gemeinde bisher im Genuss außerordentlich hoher Finanzierungszuschüsse zu den Kanalbaudarlehen stand und auch weiterhin stehen wird, sodass der Netto-Schuldendienst damit auch mittelfristig keine Belastungsgröße darstellen wird. Nicht zuletzt aber nimmt auch die auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bedachte Gebarungsführung merklich positiven Einfluss auf die Gebarungsentwicklung.

Künftige Entwicklung - Mittelfristiger Finanzplan (MFP)

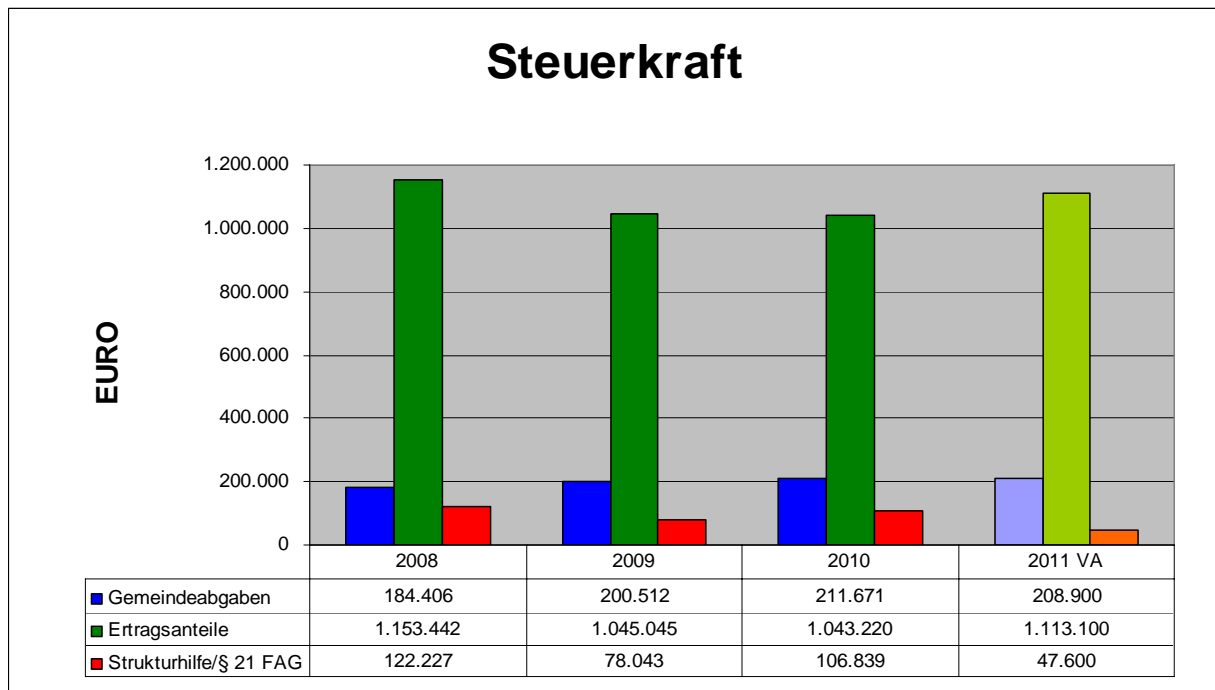
Im Budget 2011 wurde gemessen an den Vorjahren ein relativ hoher Haushaltsabgang iHv rd. €190.900 veranschlagt. Wenngleich zusätzlich noch ein unbedeckter Abgang aus dem Jahr 2010 von ca. €38.000 zu finanzieren ist, so kann realistischereweise davon ausgegangen werden, dass das Defizit 2011 nicht in diesem hohen Umfang zu erwarten ist. Zum Einen wurden die Prognosen für den Zuwachs an Ertragsanteilen im Jahre 2011 nach oben revidiert und können, bedingt durch den rascheren Ausbau der Wasserversorgung und der Kanalisation, auch Mehreinnahmen an Gebühren lukriert werden, andererseits zeichnet sich ausgabenseitig durch einen geringeren Netto-Schuldendienst sowie durch diverse Einsparungen in Summe vorerst keine nennenswerte Steigerung ab.

Die Annahme eines sehr moderaten Defizits im laufenden Jahr erscheint auch insofern legitim, als sich die freie Finanzspitze im Vorjahr trotz der noch vorherrschenden Auswirkungen der Finanzkrise bereits zu einem überraschend niedrigen Negativwert von €17.000 entwickelt hat. Im Hinblick auf die wesentlich günstigeren Wirtschaftsprognosen für 2011 sollte eine weitere Steigerung der Eigenfinanzierungskraft möglich sein.

Zwar bewegen sich die im mittelfristigen Finanzplan errechneten Budgetspitzen in etwa auf dem hohen negativen Niveau des Jahres 2011, im Durchschnitt somit in der Größenordnung von - €190.000, sind aber realistischereweise ebensowenig zu erwarten wie der Negativwert im laufenden Jahr. Bei optimistischer Einschätzung und bei strikter Fortführung des Sparkurses liegt mittelfristig sogar ein Haushaltsausgleich im Bereich des Möglichen.

Im Hinblick auf die Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung weisen wir dennoch darauf hin, dass Prognosen über die Entwicklung kommunaler Haushalte nur mit großem Vorbehalt zu beurteilen sind. Die Ausgabendynamik ist gegenwärtig stärker als die Einnahmendynamik und könnte vor allem in den Bereichen Umlagen und Zinsendienst noch unerwartete Belastungen mit sich bringen.

Finanzausstattung



Die Gemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft (Gemeindeabgaben und Ertragsanteile) im Vergleich mit allen 444 öö. Gemeinden auf Basis der Ergebnisse 2010 an 319. Stelle und innerhalb des Bezirkes Schärding (30 Gemeinden) an 20. Stelle und ist damit eher schlecht positioniert.

Aufgrund ihrer geringen Finanzkraftkopfquote kommt die Gemeinde auch in den Genuss der Strukturhilfe und der Finanzzuweisung gem. § 21 FAG.

Die gesamte Steuerkraft der Gemeinde (Finanzkraft zuzüglich Strukturhilfe und Finanzzuweisung) ist von ca. €1,46 Mio. im Jahre 2008 im Folgejahr auf nur mehr €1,32 Mio. gesunken. Von diesem abrupten Rückgang 2009 um ca. €136.000 waren im Wesentlichen die Ertragsanteile, aber sehr deutlich auch die Strukturhilfe betroffen. Die Steuerkraft 2010 hat sich zwar wieder um rd. €38.000 erhöht, blieb aber in der Größenordnung von annähernd €100.000 unter dem Niveau 2008.

Die Ertragsanteile als wesentlichster Bestandteil der Finanz- bzw. Steuerkraft sind von einem Allzeithoch im Jahre 2008 iHv ca. €1,153 Mio. im Jahr 2009 um ca. €108.000 infolge der Finanzkrise drastisch auf nur mehr ca. €1,045 Mio. eingebrochen. Dieses Ertragsniveau konnte 2010 mit ca. €1,043 Mio. annähernd beibehalten werden.

Für das laufende Jahr 2011 wurden die dem Voranschlag zugrundegelegten Daten aufgrund der anhaltend guten Konjunktur mittlerweile nach oben korrigiert. Das WIFO erwartet gegenüber dem Ergebnis 2010 eine Steigerung von 10,1 %. Damit würde die Gemeinde beinahe wieder das Ertragsniveau 2008 erreichen.

Die Gemeindeabgaben sind entgegen dem generellen Trend im Zeitraum 2008 - 2010 von ca. €184.000 auf ca. €212.000 gestiegen. Zuwachs erhielt nicht nur die Kommunalsteuer, sondern auch die Grundsteuer infolge von Aufrollungen durch Neubewertungen.

Die Strukturhilfe wurde von knapp €70.000 im Jahre 2008 um ca. €48.000 im Jahre 2009 auf nur mehr rd. €22.000 eingekürzt. Diese massive Verringerung resultiert aus dem hohen Finanzkraft- bzw. Ertragsanteileniveau des vorangegangenen Jahres 2008. Im Jahre 2010 wurde die Strukturhilfe wieder moderat auf ca. €48.000 angehoben. Für 2011 kann eine ähnlich hohe Zuweisung erwartet werden.

Die Finanzaufweisung hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und stieg von rd. € 52.000 im Jahre 2008 auf ca. € 59.000 im Jahre 2010. Die Finanzaufweisung 2011 wurde bereits angewiesen und hat sich mit ca. € 49.000 erstmals verringert.

Steuer- und Abgabenrückstände

Bei Betrachtung eines langjährigen Beobachtungszeitraumes lässt sich erfreulicherweise feststellen, dass die Gemeinde alljährlich mit keinen größeren Steuer- und Abgabenrückständen konfrontiert ist. So betrug der Rückstand Ende 2010 lediglich € 1.200. In ähnlicher Größenordnung bewegten sich auch die offenen Forderungen in den Vorjahren. Auch im Gebührenbereich mit kaum nennenswerten Rückständen widerspiegelt sich die generell positive Steuermoral wie auch die mit knapp 80 % erfreulich hohe Quote an Abbuchungsaufträgen.

Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge

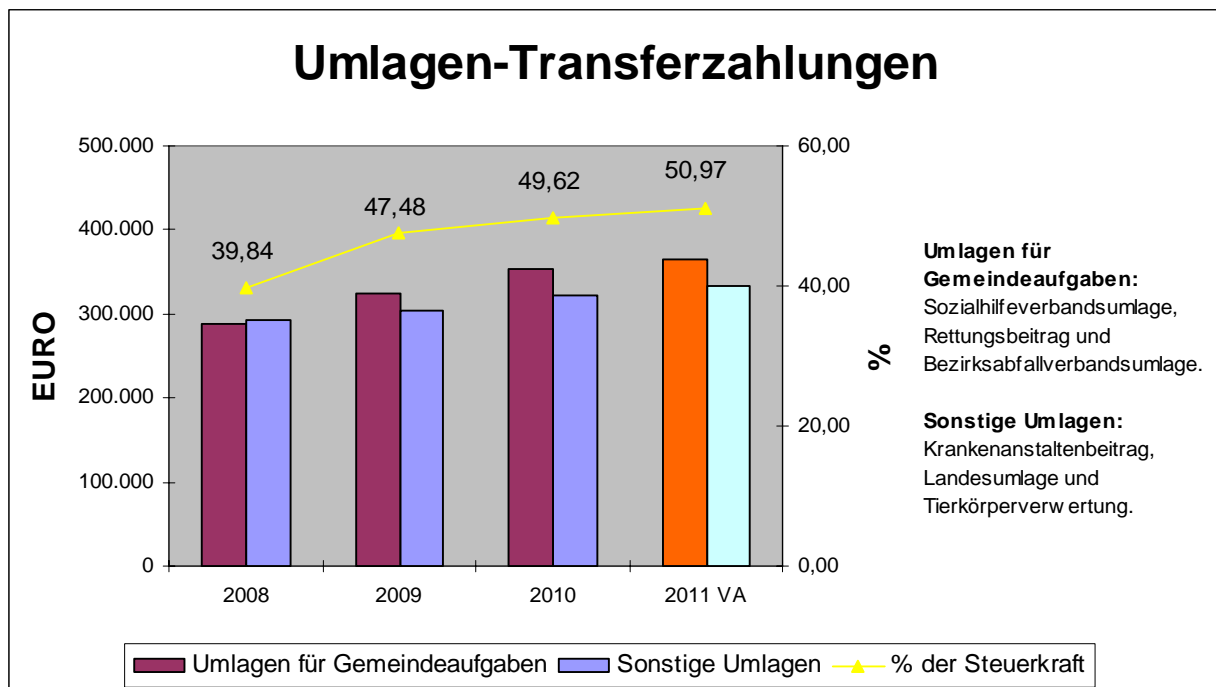
Abweichend von der gesetzlichen Vorgabe nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 (Oö. ROG 1994), Aufschließungsbeiträge ab 1999 vorzuschreiben, ist die Gemeinde ihrer Vorschreibungsverpflichtung erst im Jahr 2004, somit zum letztmöglichen Zeitpunkt, nachgekommen, womit auch die Erhaltungsbeiträge gem. § 28 Abs. 1 Oö. ROG 1994 verspätet vorgeschrieben werden mussten.

Aufgrund der sehr begrenzten Ressourcen an unbebauten Grundstücken bezifferten sich bis Jahresende 2010 die vereinnahmten Aufschließungsbeiträge auf insgesamt lediglich knapp € 50.000. Davon entfielen auf den Bereich Verkehrsflächen rd. € 26.100, Wasserversorgung rd. € 1.200 und Abwasserbeseitigung rd. € 22.300.

Die Beiträge wurden widmungsgemäß verwendet.

Erhaltungsbeiträge im Wasser- und Abwasserbereich vereinnahmte die Gemeinde erstmals im Finanzjahr 2010.

Umlagen



Die Verpflichtung zur Einbringung der ausgewiesenen Umlage- und Transferleistungen basiert auf gesetzlichen Bestimmungen bzw. bestehenden Vereinbarungen.

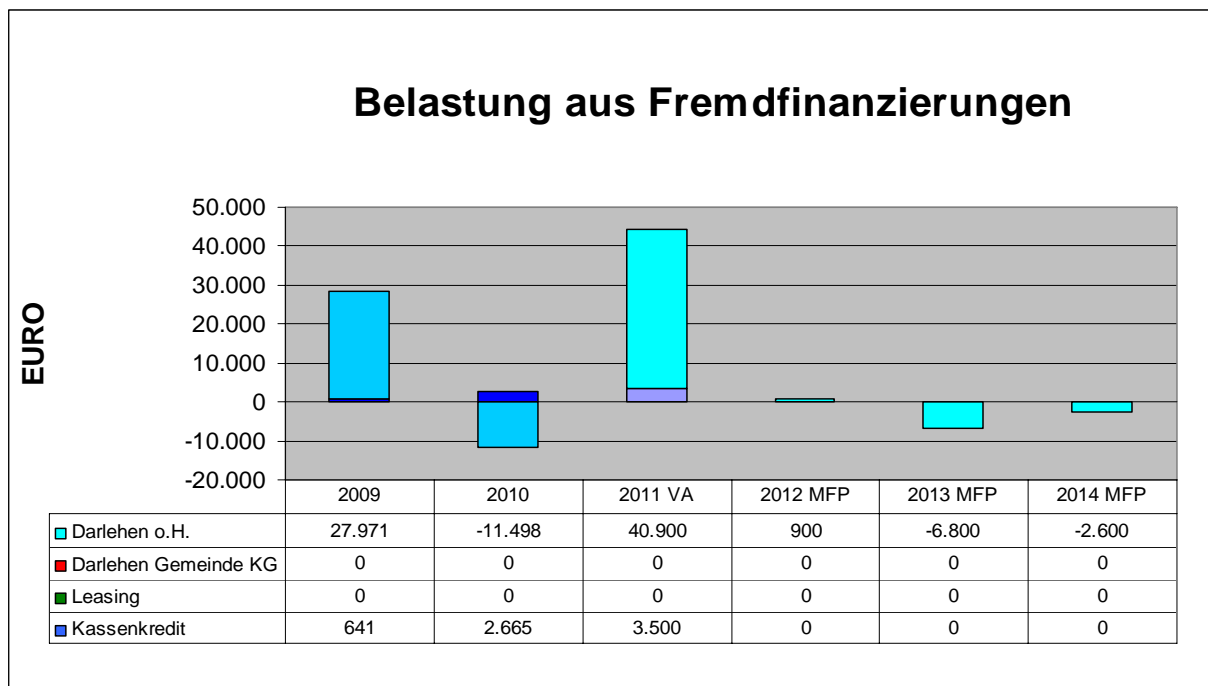
Betrag der diesbezügliche Gesamtaufwand im Jahr 2008 noch rd. € 582.000, so stieg dieser bis zum Jahr 2010 auf rd. € 676.000. Die Steigerung um rd. € 94.000 bzw. rd. 16 % ist beachtlich und resultiert zu rd. zwei Drittel (ca. € 64.000) aus dem Anstieg der Sozialhilfeverbandsumlage und zu rd. einem Drittel (ca. € 33.000) aus jenem des Krankenanstaltenbeitrages. Die übrigen Umlagen blieben annähernd unverändert. Die Landesumlage hat sich sogar leicht verringert (ca. € 3.000).

Der überproportional hohe Anstieg der Bezirksumlage bewirkte, dass mittlerweile die gemeindeaufgabenbezogenen Umlageleistungen mit ca. € 353.000 in Summe jene für landesspezifische Aufgaben iHv ca. € 323.000 deutlich übertreffen. Diese Entwicklung sollte sich auch im laufenden Jahr lt. Voranschlag 2011 fortsetzen.

Der durch die Umlage- und Transferleistungen gebundene Anteil der Steuerkraft lag im Jahr 2008 bei ca. 40 % und erhöhte sich bis 2010 auf annähernd 50 %. Verantwortlich für diese ungünstige Entwicklung, die maßgeblich die defizitäre Haushaltslage verursacht hat, ist nicht nur die erwähnte Umlagensteigerung, sondern auch der gleichzeitige Einbruch der Steuerkraft infolge der Finanzkrise.

Bei unveränderter Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften wird mittelfristig die Schere Transferzahlungen vs. Ertragsanteile noch weiter auseinanderklaffen. Vor allem wird sich die Ausgabendynamik der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen nach derzeitigen Prognosen weiter fortsetzen. Damit verbunden wäre auch ein erhöhter Konsolidierungsbedarf der Gemeinde.

Fremdfinanzierungen



Die Belastung aus Fremdfinanzierungen resultiert, sofern sie in Summe überhaupt zutreffend bzw. nennenswert ist, fast ausschließlich aus Darlehensverbindlichkeiten der Gemeinde und nur zu einem marginalen Anteil aus der Inanspruchnahme eines Kassenkredites. Ausgelagerte Schuldenbestände (KG), Verbindlichkeiten bei Verbänden sowie aus darlehensähnlichen Finanzierungsformen (Leasing) bestehen zur Zeit nicht.

Darlehen

Der Gesamtschuldenstand bezifferte sich mit Ende 2010 auf ca. €5,413 Mio. Inkludiert sind dabei Investitionsdarlehen des Landes iHv ca. €1,420 Mio., die vorerst bis 31.12.2013 tilgungsfrei gestellt sind und keinerlei Budgetbelastung verursachen.

An haushaltsbelastenden Darlehen verbleiben somit ca. €3,993 Mio., die bis auf ein Darlehen ausschließlich dem Siedlungswasserbau zuzuordnen sind, wobei der Löwenanteil mit ca. €2,784 Mio. bzw. 70 % auf den Kanalbau und ca. €1,160 Mio. bzw. 30 % auf den Ausbau der Wasserversorgung entfallen.

Jenes Darlehen, das für den Sportkabinen- bzw. -tribünenbau aufgenommen wurde, haftet nur mehr mit ca. €49.000 aus und wird 2012 getilgt sein.

Bewegte sich der Netto-Schuldendienst im Jahr 2009 mit knapp €28.000 bereits auf sehr geringem Belastungsniveau, so ergab sich im Jahr 2010 durch die massive Steigerung des Finanzierungszuschusses der Kommunalkredit AG zum Kanalbaudarlehen BA 03 sogar ein Gesamtüberschuss von ca. €11.500. Der gesamte Schuldendienst hatte sich somit um annähernd €40.000 verringert.

Der im laufenden Jahr zu erwartende signifikante Schuldendienst-Anstieg um ca. €52.000 lässt sich auf den Tilgungsbeginn zweier Darlehen (WVA BA 02 und ABA BA 03) zurückführen.

Ab 2012 sollte mittelfristig infolge verringerter Tilgungen der gesamte Schuldendienst durch annähernd gleichhohe Zuschüsse wieder bedeckt werden können, wobei auch weitere zumindest bis 2012 vorgesehene Darlehensaufstockungen in der Größenordnung von ca. €200.000 berücksichtigt sind. Nachhaltige Veränderungen der momentan außerordentlich

günstigen Zinslandschaft würden allerdings einen Annuitätenanstieg bzw. eine entsprechende Netto-Belastung bewirken.

In diesem Falle hätte die Gemeinde die aufsichtsbehördlich geforderte Darlehensstreckung, von der aufgrund der prognostizierten Schuldendienstbedeckung bzw. des beachtlichen Überhangs an Finanzierungszuschüssen im Bereich der Abwasserbeseitigung iHv ca. € 66.000 gegenwärtig Abstand genommen wird, ins Auge zu fassen.

Die Zinssätze sind fast durchwegs marktkonform und basieren überwiegend auf dem 3- und 6-Monats-Euribor. Die Aufschläge bewegen sich im bezirksweiten Vergleich im Durchschnitt. Abweichend von den üblichen Zinskonditionen wurde für das gemeinsam mit und von der Marktgemeinde Engelhartzell bereits 1998 aufgenommene Darlehen zur Finanzierung der Gemeinschaftskläranlage ein Fixzinssatz von 5,89 % vereinbart. Angesichts der für beide Gemeinden nachteiligen Vertragsklauseln konnte bislang weder eine Darlehenskündigung noch eine Zinssatzabänderung ausverhandelt werden. Zumindest weist der 30%ige Annuitäten-Anteil der Gemeinde St. Aegidi von ca. € 47.700 durch die Zuschüsse eine leichte Überdeckung auf. Eine Zinssatzanpassung ist frühestens im Jahre 2020 möglich.

Kassenkredit

Die Gemeinde verfügte per 31.12.2010 über einen positiven Kassenbestand von rd. € 25.100, der trotz des Defizits im ordentlichen Haushalt und der Fehlbeträge im ao. Haushalt nur durch die Heranziehung der in der Verwahrgeldgebarung deponierten Rücklagenbestände (mit Ende 2010 ca. € 305.000) erzielt werden konnte.

Während des Jahres musste der vom Gemeinderat mit einem Höchststrahmen von € 350.000 festgesetzte Kassenkredit durchschnittlich nur zu etwa 57 % in Anspruch genommen werden, wobei wiederum die Rücklagenbestände zur Kreditentlastung beitrugen.

Die vereinbarte Zinskondition (3-Monats-Euribor + 0,59 %) entsprach dem allgemein üblichen Marktniveau und führte zu einer Durchschnittsverzinsung von 1,33 %. Diesem niedrigen Niveau entsprechend lag auch die Zinsbelastung 2010 mit insgesamt ca. € 2.665 im günstigen Bereich.

Die für 2011 abgeschlossene Zinsvereinbarung entsprach jener des Vorjahres.

Die Kassenkreditvergabe erfolgt nach einer Anboteinholung von mindestens 3 Banken.

Haftungen

Haftungen bestanden bei der Gemeinde mit Jahresende 2010 keine.

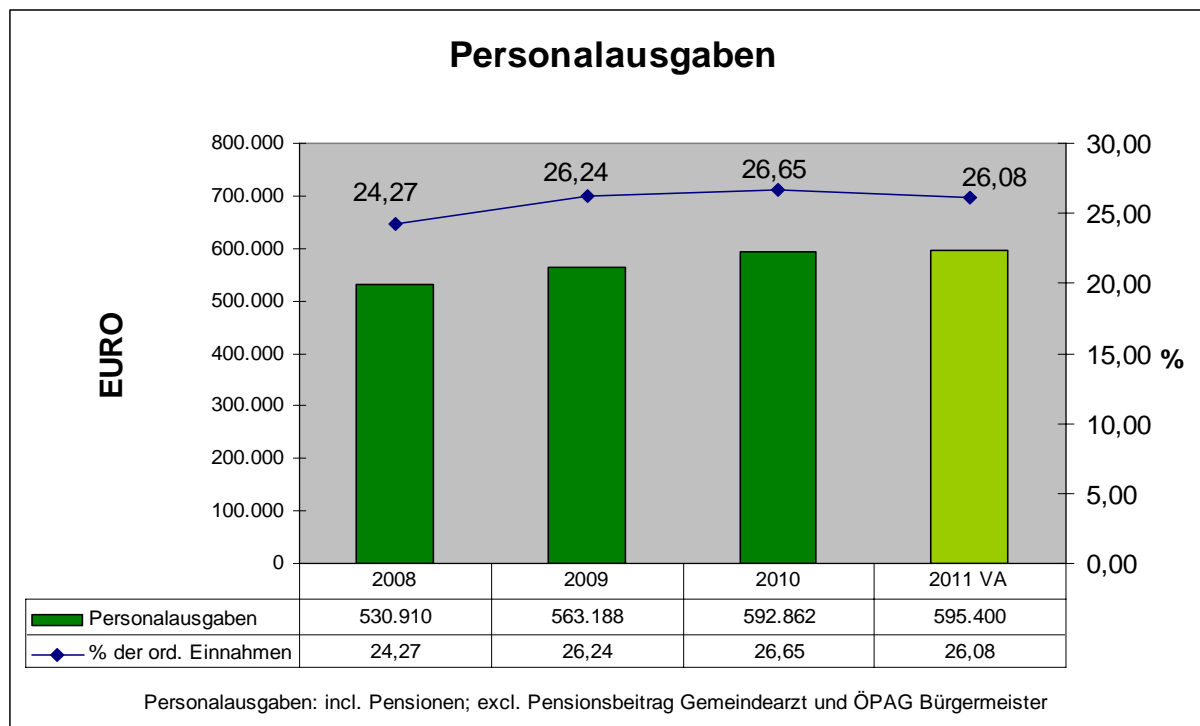
Rücklagen

Zum 31.12.2010 verfügte die Gemeinde über nachstehende Rücklagen in der Gesamthöhe von € 305.000, die in der Verwahrgeldgebarung deponiert wurden und so entscheidend zur Verbesserung der Liquidität beitrugen:

➤ Rücklage Kanalbau	€ 162.000
➤ Rücklage Wasserversorgung	€ 30.000
➤ Tilgungsrücklage ABA	€ 63.000
➤ Rücklage Bgm.Pension	€ 50.000

Die Kanalbau-Tilgungsrücklage iHv € 63.000 wurde korrekterweise gebildet, da erstmals die Finanzierungszuschüsse den diesbezüglichen ABA-Schuldendienst um etwa diesen Wert überstiegen.

Personal



Die Aufwendungen für das Personal (einschließlich der Pensionsbeiträge) stiegen im Zeitraum 2008 - 2010 von rd. € 531.000 auf rd. € 593.000, somit um ca. € 62.000 bzw. knapp 12 % und sind zum überwiegenden Teil auf notwendige Personalaufstockungen im Kindergartenbereich zurückzuführen. Die Lohnkostenquote erweist sich mit ca. 26,7 % der ordentlichen Einnahmen zwar als beachtlich, relativiert sich aber im Hinblick auf die im pauschalierten Landesbeitrag inkludierten Ersätze des Landes für das Kindergartenpersonal.

Im Jahre 2010 waren insgesamt 19 Bedienstete (inkl. einer geringfügig Beschäftigten im Schulbereich) mit rd. 13,28 PE (Personaleinheiten) in nachstehenden Bereichen beschäftigt. Vergütungsleistungen zwischen den einzelnen Kostenstellen sind dabei nicht berücksichtigt:

Ansatz	Anzahl Bed.	PE	Pers. Aufwand (rd. €)
Allgem. Verwaltung	5	3,90	175.200
Bauhof	2	2,00	82.400
Volks- und Hauptschule	6	3,156	109.700
Kindergarten	5+1 geringf.	3,34	157.300
Schulausspeisung	2	0,756	25.700
Reinigung Amtsgebäude	1	0,128	3.400
Sonstiges			3.200

Dienstpostenplan

Der im Rahmen der Beschlussfassung über den Voranschlag 2011 gleichzeitig festgesetzte Dienstpostenplan weist gegenüber der letztmalig von uns geprüften Fassung - vom Gemeinderat am 30.12.2009 im Rahmen der Beschlussfassung über den Voranschlag 2010 beschlossen - eine nur minimale Veränderung auf. Die Personaleinheiten (PE) für die pädagogischen Kräfte wurden um ca. 0,3 PE gesenkt.

Allgemeine Verwaltung

Der genehmigte Dienstpostenplan sieht in der allgemeinen Verwaltung insgesamt 3,9 PE vor und unterschreitet damit den für die Einwohnerkategorie bis 2.000 Einwohner in den Dienstpostenplanverordnungen maximal zulässigen Rahmen von 5 PE um 1,1 PE. Die Verwendungen bzw. Funktionslaufbahnen entsprechen den verordneten Richtlinien. Die quantitative Abweichung besteht bei den Dienstposten GD 16 (Buchhaltung) und GD 17 (Sachbearbeitung) mit einer tatsächlichen Besetzung von nur 0,5 PE und 0,4 PE.

Die aktuelle Personalausstattung kann daher als durchaus angemessen gewertet werden und bewegt sich, gemessen an der Einwohnerzahl, auch im Bezirksdurchschnitt.

Mit dieser Personalbesetzung in der Verwaltung sollten daher aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren die Voraussetzungen für eine effiziente Führung der Gemeindeagenden gewährleistet sein.

Volks- und Hauptschule

Die Gemeinde beschäftigt für die Volks- und Hauptschule im Beschäftigungsverhältnis 35 % / 65 % einen gemeinsamen Schulwart als Facharbeiter in der Funktionslaufbahn GD 19. Teilweise werden von ihm auch Reinigungsarbeiten (Turnsaal mit ca. 628 m²) ausgeführt.

Im Zuge der in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierung des Schulwartes sollte im Sinne eines qualifikationsangepassten Arbeitseinsatzes angedacht werden, die Schulwart-tätigkeiten ausschließlich dem Bauhofpersonal zu übertragen.

Die Reinigungsarbeiten werden in der Hauptschule (ca. 1.876 m²) von 4 Bediensteten bzw. 1,484 PE durchgeführt, wobei auch die beiden Schulköchinnen in bescheidenem Umfang herangezogen werden.

Für die Reinigung der Volksschule (ca. 952 m²) steht eine Bedienstete mit 0,672 PE zur Verfügung. Diese betreut mit einem sehr minimalen Einsatz von lediglich 0,128 PE zusätzlich noch das Amtsgebäude.

Bauhof

Im Bauhofbereich verfügt die Gemeinde über 2 vollbeschäftigte Bedienstete mit Facharbeiterqualifikation. Dementsprechend und auf Basis des Dienstpostenplanes sind diese Bediensteten der Funktionslaufbahn GD 19 zugeordnet.

Gemessen an der Größenordnung der Gemeinde und unter Bedachnahme auf den Umstand, dass beide Arbeiter auch mit der speziellen Funktion eines Wasser- und Kanalwartes bedacht sind und die Gemeinde angesichts eines ausgedehnten und aufgrund der Höhenlage zum Teil exponierten Straßennetzes von ca. 50 km mit einem erhöhten Betreuungsaufwand konfrontiert ist, erachten wir die Personalausstattung für sparsam.

Nach den Arbeitsaufzeichnungen (Basis für die Vergütungen) für das Jahr 2009 - das Jahr 2010 erweist sich aufgrund eines längeren Krankenstandes eines Arbeiters als nicht repräsentativ - entfielen von sämtlichen verrichteten Arbeiten (2 PE) rd. 1,07 PE auf Arbeitseinsätze im Straßenbereich und rd. 0,5 PE auf den Sektor Wasserversorgung und Kanalisation. Rd. 0,21 PE entfallen ausschließlich auf Bauhofeigenleistungen und rd. 0,23 PE auf diverse Kostenstellen.

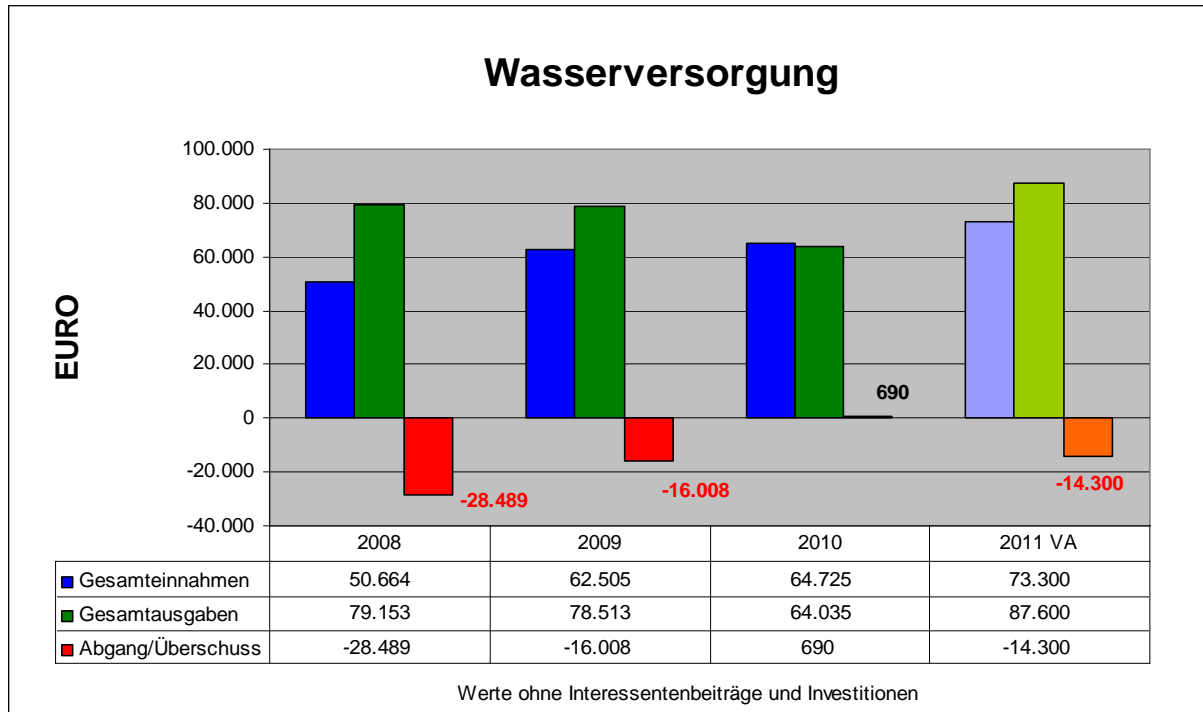
Die im Straßenbereich erbrachten Leistungen inkludieren auch die Einsätze für den Winterdienst. Neben diesen Regieleistungen, die unterstützt werden durch die Beistellung eines privaten Traktors eines Gemeindearbeiters, bedient sich die Gemeinde aber vorwiegend Leistungen Dritter. Neben einem oberösterreichweit tätigen Serviceunternehmen - dieses übernimmt u. a. auch Arbeiten im Bereich der Grünlandpflege - wird dabei vorzugsweise ein örtliches Fuhrparkunternehmen beauftragt.

Geschäftsverteilungsplan - Arbeitsplatzbeschreibungen

Ein Geschäftsverteilungsplan, in dem die Aufgabengebiete der einzelnen Bediensteten detailliert umschrieben sind, sowie die erforderlichen Arbeitsplatzbeschreibungen lagen auf.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



Die öffentliche Wasserversorgung besteht seit dem Jahr 2004 und wird seither ständig erweitert. Im Hinblick auf die zersiedelte Struktur ist ein Anschlussgrad von nur maximal 50 % aller Liegenschaften realisierbar.

Bislang sind 558 Einwohner bzw. knapp 35 % der Bevölkerung erfasst. Weitestgehend versorgt sind die Ortschaften St. Aegidi, Kößlau, Au, Oberleiten, Schauern und ein Teil der Ortschaft Lehen. Noch im Ausbau bzw. in Fertigstellung (BA 02) befinden sich die Ortschaften Hackendorf und Walleiten. Mit dem bereits begonnenen BA 03 wird die Erweiterung der Anlage in der Ortschaft Tullern fortgesetzt.

Um die Wasserversorgung sicherzustellen, verfügt die Gemeinde über 5 Quelfassungen in der Ortschaft Steinedt sowie über 2 Bohrbrunnen in Walleiten die allerdings noch nicht in Betrieb genommen werden mussten. Die notwendige Kapazität wird im Wesentlichen derzeit noch von 2 Quelfassungen erbracht, mit zunehmender Ausbaustufe wird aber sukzessive die Wassereinspeisung der übrigen Quellen bzw. der Brunnen erforderlich werden.

Durch die Eigenversorgung mit Trinkwasser wird langfristig eine kostengünstige Betriebsführung gewährleistet sein.

Das Betriebsergebnis konnte im Zeitraum 2008 - 2010 von einem Minus iHv ca. € 28.500 auf einen leicht positiven Saldo ca. € 700 verbessert werden. Maßgeblich für diese erfreuliche Entwicklung waren einerseits der vorangeschrittene Ausbau der Anlage und damit die Steigerung der Einnahmen und andererseits der gesunkene Netto-Schuldendienst (Annuitäten abzüglich der Finanzierungszuschüsse).

Das laufende Jahr 2011 lässt lt. Voranschlag wieder einen Abgang in der Größenordnung von ca. € 14.000 erwarten, da sich der Netto-Schuldendienst infolge des Beginns der Darlehenstilgung für den BA 02 moderat erhöht.

Das aktuelle Gebührenmodell (Netto-Beträge) der Gemeinde besteht - auch im Bezug auf die Gebührenhöhe - im Wesentlichen seit Inbetriebnahme des Versorgungsnetzes im Jahre 2004:

- Die **Anschlussgebühr** wird nach Belastungseinheiten bzw. -anteilen (BA) errechnet - ein BA entspricht einer Wohnung - und beträgt € 2.100. Diese Anschlussgebühr kommt somit bei der überwiegenden Anzahl der Liegenschaften, unabhängig von deren Größe, einheitlich zur Vorschreibung. Für einen zweiten BA verringert sich die Gebühr auf € 1.050.
- Die **Wasserbezugsgebühr** gliedert sich in eine jährliche Grundgebühr von jährlich € 26 pro Bedarfseinheit (1 BE = ein ständiger Einwohner) sowie eine verbrauchsabhängige Gebühr von € 0,75 pro m³ bezogenen Wassers.
- Neu ab 1.1.2011: Für die von der Gemeinde bereitgestellten Wasserzähler ist eine monatliche **Zählergebühr** von € 1,50 zu entrichten.

Mit der geltenden Wasserbezugsgebühr lag die Gemeinde in den Jahren 2008 und 2009 geringfügig und im Jahr 2010 um ca. € 0,22 über den vorgegebenen Mindestsätzen des Landes, womit derzeit die Vorgaben für Abgangsgemeinden erfüllt werden.

Allerdings halten wir es im Hinblick auf ein sich abzeichnendes defizitäres Betriebsergebnis und angesichts der Tatsache, dass die Gebühren seit 2004 unverändert geblieben sind, für notwendig, eine angemessene Gebührenanpassung vorzunehmen:

Ab 2012 bzw. mit Beendigung der Erweiterungsarbeiten bei den Bauabschnitten 02 und 03 - sie sind noch im laufenden Jahr zu erwarten - ist die Anschlussgebühr um € 300 sowie die Wasserbezugsgrundgebühr um € 3,70 pro BE und die verbrauchsabhängige Gebühr um € 0,11 pro m³ bezogenen Wassers anzuheben.

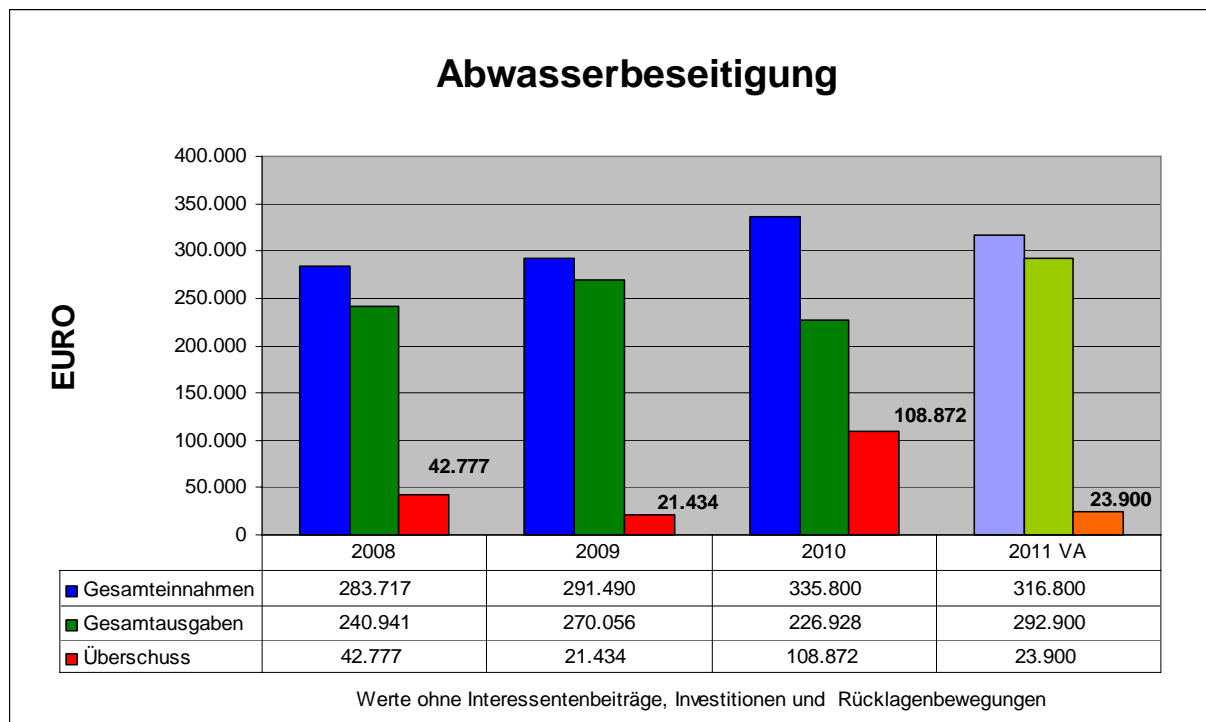
Mit diesen Gebührenmaßnahmen sind Mehreinnahmen von mindestens € 6.000 zu erwarten. Unter Bedachtnahme darauf, dass die Annuitäten im Voranschlag 2011 um ca. € 7.000 zu hoch veranschlagt wurden, kann mit diesen voraussichtlichen Mehreinnahmen ein künftiger Betriebsabgang vermieden werden, zumal durch den zügigen Ausbau der Wasserleitung weitere Gebührenzugänge lukriert werden können.

Das Netto-Belastungsniveau durch Annuitäten sollte sich mittelfristig konstant in der Größenordnung von etwa € 26.000 bewegen. Allerdings hätten massive Veränderungen in der Zinslandschaft wiederum entsprechende Gebührenanpassungen zur Folge.

Die oa. Salden inkludieren nicht den administrativen Aufwand, der mit der Abwicklung der Betriebsgebarung verbunden ist.

Künftig ist ein entsprechender Verwaltungskostenanteil festzusetzen und ausgabenseitig im Wege der Vergütung darzustellen. Eine Valorisierung ist alljährlich mit den Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Abwasserbeseitigung



Mit dem Ausbau der Abwasserbeseitigung wurde 1999 begonnen.

Die von der Abwasserbeseitigung erfassten Ortschaftsteile decken sich annähernd mit jenen, die auch von der Wasserversorgung erfasst sind. Lediglich die Ortschaft Höllau ist derzeit lediglich an das Kanalisationsnetz angeschlossen.

Der Anschlussgrad ist im Vergleich zum Wasserversorgungsbereich somit geringfügig höher und liegt bei knapp 40 %. Erfasst sind 636 Personen von 1.624 Einwohnern.

Die Abwässer werden in die Gemeinschaftskläranlage St. Aegidi - Engelhartzell entsorgt.

Das Gebarungsbild dieser betrieblichen Einrichtung präsentiert sich für die letzten 3 Jahre durchwegs positiv. Das Jahr 2008 schloss mit einem Betriebsüberschuss von ca. € 43.000, der sich 2009 infolge einer überhöhten Betriebskostenabrechnung für die Kläranlage halbierte. Das Jahr 2010 bilanzierte hingegen wieder mit einem kräftigen Plus iHv ca. € 109.000.

Im laufenden Jahr 2011 ist erneut ein verhältnismäßig bescheidener Überschuss budgetiert. Verantwortlich für die starken Schwankungen im Betriebsergebnis sind u.a. in hohem Maße die zeitlichen Verzerrungen zwischen den Annuitätenleistungen und den hierzu gewährten Finanzierungszuschüssen. Darüberhinaus sind im laufenden Jahr 2011 die Finanzierungszuschüsse um annähernd € 40.000 zu gering veranschlagt worden, sodass ein beachtliches Plus von mindestens € 60.000 erwartet werden kann.

Grundsätzlich lässt sich prognostizieren, dass aufgrund der deutlichen Überhänge bei den Finanzierungszuschüssen - jene bewegen sich mittelfristig auf einem erfreulichen Niveau von ca. € 33.000 - und der stetig steigenden Gebühreneinnahmen langfristig jedenfalls eine positive Betriebsgebarung gewährleistet sein wird. Der überdurchschnittlich hohe Überhang 2010 wurde einer gesonderten Tilgungsrücklage zugeführt.

Angesichts dieser überschüssigen Schuldendienstgebarung im Abwasserbereich wurde bislang auch von der für Abgangsgemeinden aufsichtsbehördlich geforderten Darlehensstreckung abgesehen.

Die Kanalgebührenordnung aus dem Jahr 1999, letztmalig per Gemeinderatsbeschluss vom 26.11.2010 abgeändert, sieht im Wesentlichen nachstehende Gebührenregelungen (Netto-Beträge) vor:

- Die **Kanalanschlussgebühr** basiert, analog zur Wassergebührenregelung, ebenso auf Belastungseinheiten bzw. –anteilen (BA), wobei ein BA wiederum einer Wohnung entspricht und mit €3.100 festgesetzt ist. Die Gebühr wird daher im Regelfall als einheitliches Pauschale vorgeschrieben.
- Die **Kanalbenützungsg Gebühr** wird nach der Anzahl der Personen, die in der betreffenden Liegenschaft am 1. des Quartals ihren Wohnsitz haben, berechnet. Pro Einwohnergleichwert (EWG) und Quartal beträgt die Gebühr ab 2011 €36. Für die Jahre 2007 - 2010 belief sich der Quartalsbetrag auf €33 pro EWG.

Mit diesen Gebührensätzen lag die Gemeinde in den Jahren 2008 und 2009 leicht und im Jahr 2010 um ca. €0,25 über den vorgegebenen Mindestsätzen des Landes, womit derzeit die Vorgaben für Abgangsgemeinden erfüllt werden.

Im Bezug auf die Kanalbenützungsg Gebühr hat die Gemeinde vorerst keinen Abänderungsbedarf.

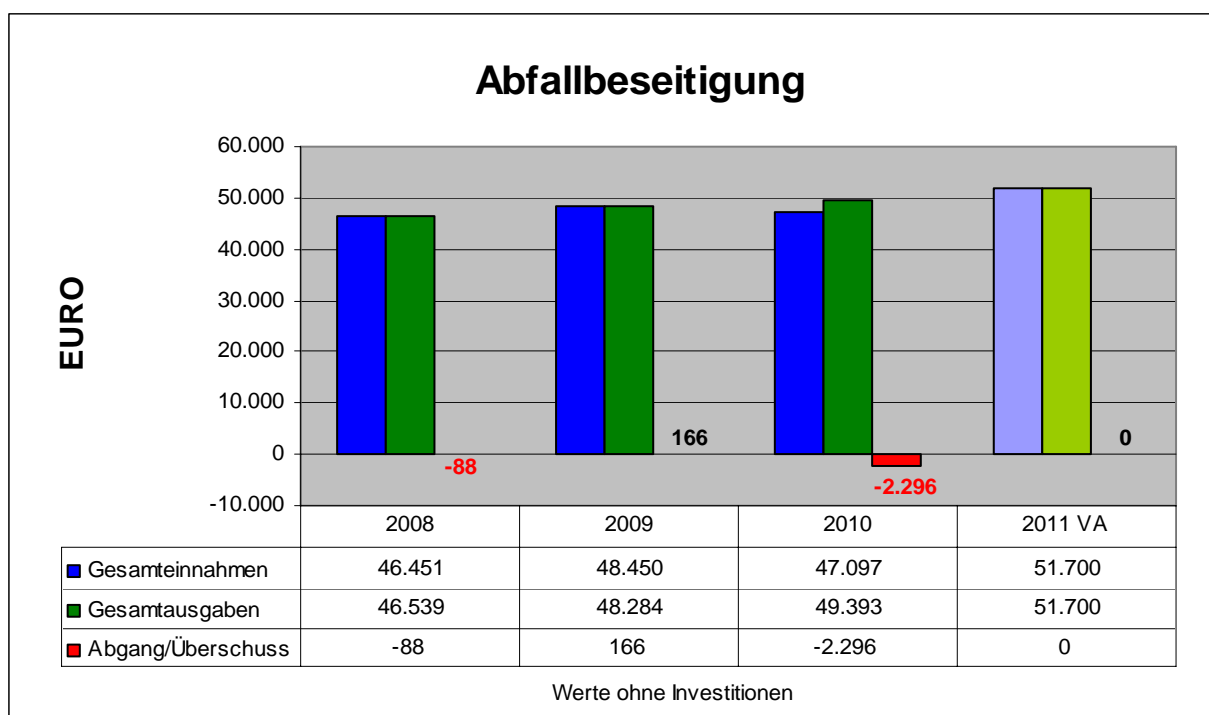
Hingegen erachten wir es für notwendig und zumutbar, die Anschlussgebühr, da letztmalig bereits 2006 angehoben, moderat anzupassen:

Mit 1.1.2012 ist die Anschlussgebühr von € 3.100 für einen Belastungsanteil (Wohnung) auf € 3.540 anzuheben.

Die oa. Betriebssalden inkludieren nicht den administrativen Aufwand, der mit der Abwicklung der Betriebsgebarung verbunden ist.

Künftig ist ein entsprechender Verwaltungskostenanteil festzusetzen und ausgabenseitig im Wege der Vergütung darzustellen. Eine Valorisierung ist alljährlich mit den Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Abfallbeseitigung



Der Gemeinderat hat auf Basis des Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 2009 in seiner Sitzung vom 26.11.2010 eine entsprechende Abfallordnung erlassen, die auch aufsichtsbehördlich genehmigt ist.

Entsprechend dieser Verordnung erfolgt die Sammlung der Hausabfälle grundsätzlich sechswöchentlich, in bestimmten Ortschaften dreiwöchentlich.

Zur Entsorgung der biogenen Abfälle bedient sich die Gemeinde eines Landwirtes, der eine Kompostierungsanlage in St. Aegidi betreibt. Die Anlieferung ist zur Gänze kostenpflichtig. Kostenpflichtig, aber nicht kostendeckend ist auch die Abfuhr der Küchenabfälle. Die ungedeckten Kosten sind in der Grundgebühr inkludiert.

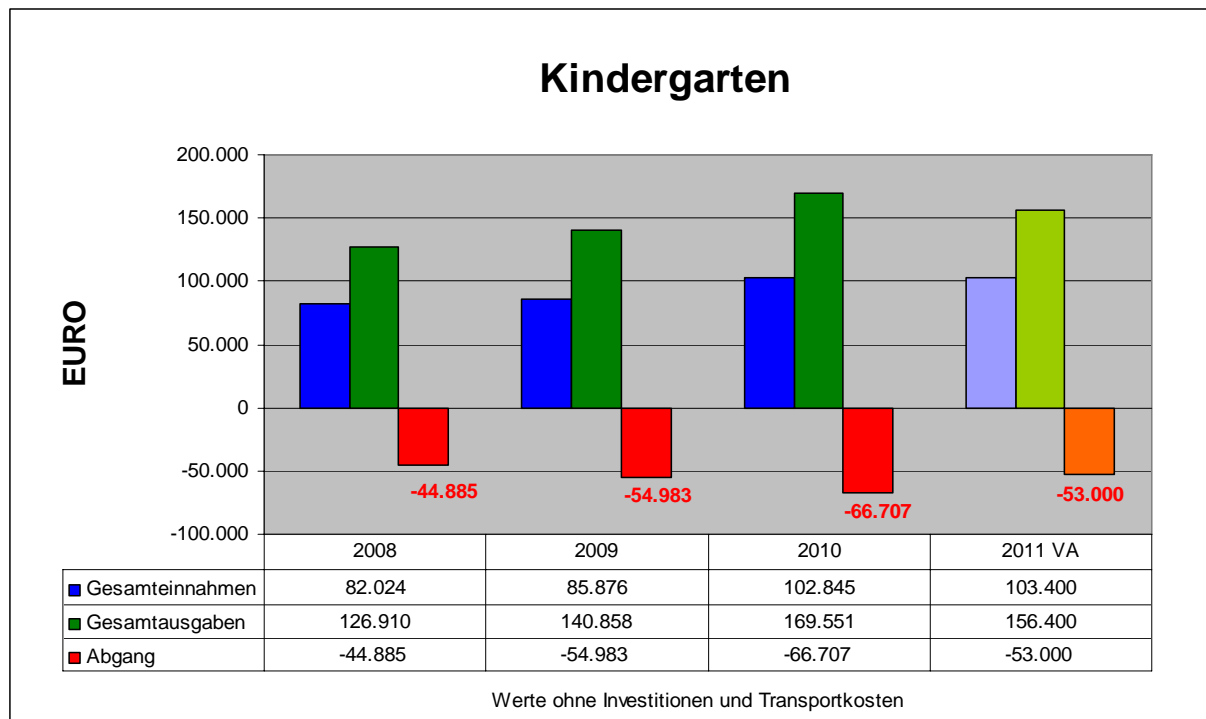
Der Betrieb der Abfallbeseitigung verursachte im Zeitraum 2008 - 2010 einen geringen Gesamtfehlbetrag von ca. €2.200, der fast gänzlich im Vorjahr erwirtschaftet wurde. Im Allgemeinen wird aber dem Prinzip der Kostendeckung Rechnung getragen. Um eine weitere Defizitbildung abzuwenden, wurde in der am 26.11.2010 gänzlich neuerlassenen Abfallgebührenordnung auch eine entsprechende Gebührenanpassung, die letztmalig 2005 erfolgte, vorgenommen. Sowohl die Grundgebühr als auch die Mengengebühr wurden deutlich angehoben.

Um finanzielle Härten bei Einmalerhöhungen künftig zu vermeiden, schlagen wir vor, die Abfallgebühren jährlich einer Indexanpassung zu unterziehen.

In den Abfallkosten bisher nicht inkludiert waren die Verwaltungsaufwendungen.

Der entsprechende Verwaltungskostenanteil ist daher künftig im Wege der Vergütung in Form eines Pauschalbetrages darzustellen und auch in die Kalkulation miteinzubeziehen.

Kindergarten



Der öffentliche Kindergarten der Gemeinde ist im unmittelbaren Nahbereich des Schulkomplexes situiert, wurde bereits 1980 errichtet und bedarf daher dringend einer Generalsanierung, die bereits in das Sanierungsprogramm der Direktion Bildung und Gesellschaft aufgenommen worden ist.

Der Betrieb wurde in den letzten Jahren stets 2-gruppig geführt, wovon mit Beginn der Saison 2009/10 eine Gruppe auch als Integrationsgruppe mit einem Kind und ab 2010/11 auch eine alterserweiterte Gruppe mit einem Kind geführt wird. Ab 2009/10 wurden durch die Einführung des Nachmittagsbetriebs auch die Öffnungszeiten ausgeweitet.

Die Gruppenauslastung ist demografisch bedingt gegenwärtig nicht zufriedenstellend. Nahmen in der Saison 2009/10 noch 41 Kinder den Betrieb in Anspruch, so verringerte sich die Anzahl in der abgelaufenen Saison auf nur mehr 30 Kinder. Für das Kindergartenjahr 2011/12 lassen die Anmeldungen nur mehr eine Frequenz von 26 Kindern erwarten. Nach Ablauf dieser Periode sollte allerdings der Negativtrend überwunden sein.

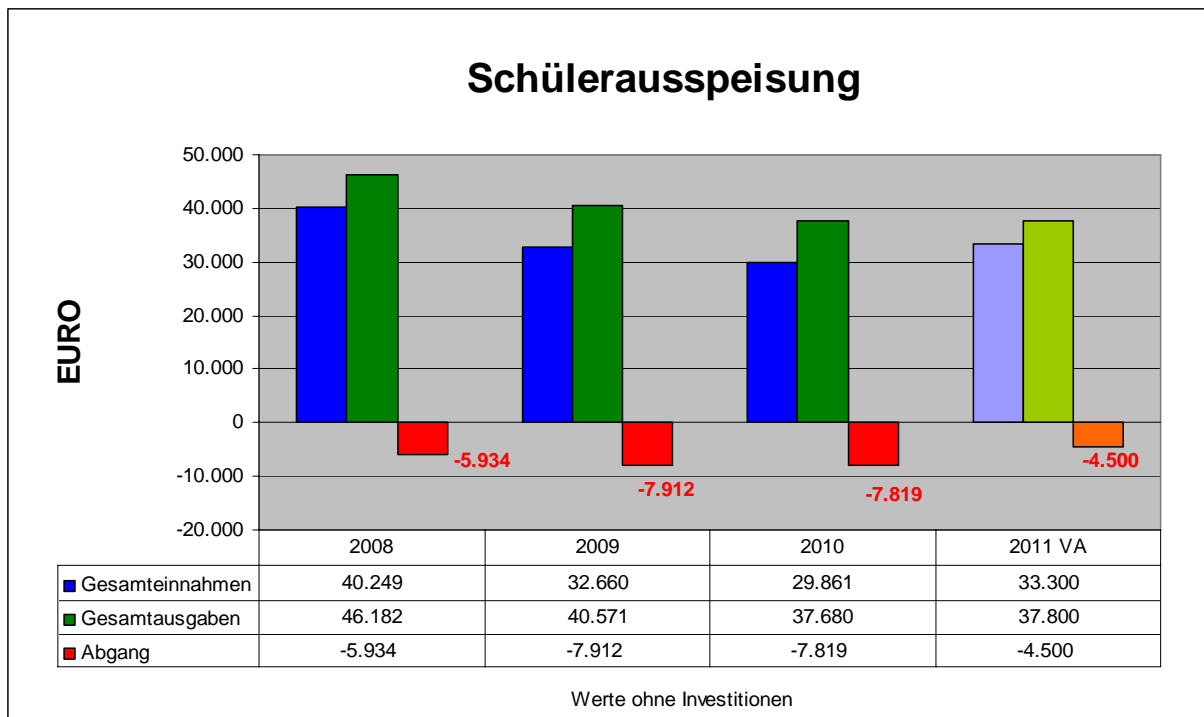
Für die Betreuung standen in der abgelaufenen Saison 3 Kindergartenpädagoginnen (davon eine Stützkraft) mit insgesamt 2,21 Personaleinheiten sowie 2 Helferinnen mit 0,92 PE zur Verfügung. Der Personalumfang entspricht damit dem gesetzlich vorgegebenen Mindestpersonaleinsatz und den vom Land OÖ. vorgeschlagenen Integrationsrahmenbedingungen.

Das Betriebsergebnis hat sich in den letzten 3 Jahren sukzessive verschlechtert. Das Defizit stieg von ca. € 45.000 im Jahre 2008 auf ca. € 67.000 im Jahre 2010, womit die Gemeinde im Vorjahr bei einem kalendarischen Durchschnittsbesuch von 36 Kindern pro Kind ca. € 1.850 zugeschossen hat.

Verantwortlich für diesen hohen Negativwert waren die gestiegenen Personalaufwendungen, die durch die Einstellung einer zweiten Hilfskraft für die Integrationsgruppe sowie die Ausweitung der Öffnungszeiten erforderlich wurden.

Zur Saldenentwicklung der Jahre 2009 und 2010 sei angemerkt, dass die Ergebnisse angesichts der Umstrukturierung in der Bezuschussung durch das Land OÖ. aufgrund der diesbezüglichen Neuregelung in der Oö. Kindergarten- und Hortegesetznovelle nur einen eingeschränkten Vergleich zulassen.

Schülerspeisung



Die Schülerspeisung, situiert zwischen Volks- und Hauptschule, wird sowohl für die Volks- und Hauptschüler als auch die Kindergartenkinder über einen Zeitraum von 10 Monaten an 4 Tagen in der Woche angeboten.

In der Schulküche tätig sind zwei Köchinnen (VB II p4) mit einer Teilzeitbeschäftigung von jeweils 42 %, die Reinigungsarbeiten sind inkludiert.

Die gesamte Betriebsgebarung wie auch der Lebensmittelankauf werden weitestgehend über die Gemeinde abgewickelt. Die Funktion der Kochstellenleitung wird damit nicht gesondert ausgeübt.

Im ersten Halbjahr 2011 waren 108 regelmäßige Teilnehmer gemeldet, womit sich im Vergleich zu den Vorjahren 2009 und 2010 bereits ein leichter Rückgang abzeichnet, der sowohl die Schüler als auch die Kindergartenkinder, deren Besuch der Ausspeisung erst mit der Saison 2009/10 ermöglicht wurde, betrifft und in engen Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung des Ortes steht.

Im Jahr 2010 wurden ca. 15.400 Portionen hergestellt. Der personelle Einsatz von 0,84 PE erweist sich damit, gemessen am durchschnittlichen Leistungsniveau pro PE im Bezirk (rd. 17.200 Portionen) als überdurchschnittlich und entspricht jedenfalls einer gänzlichen Auslastung.

Wie der Grafik zu entnehmen ist, hat sich das Defizit 2008 von nur ca. € 5.900 in den letzten beiden Jahren auf durchschnittlich € 7.900 erhöht und damit leicht verschlechtert. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem beträchtlichen Rückgang der Besucher bzw. der Kostentgelte. Der Rückgang resultiert allerdings nicht nur aus dem demografisch bedingten Teilnehmerrückgang, sondern primär aus der Umstellung der Öffnungszeiten der Schulküche von 5 auf 4 Ausspeisungstage mit 1.9.2009. Das mit der zeitlichen Eingrenzung erhoffte Einsparpotenzial an Lebensmittelausgaben und Personalkosten - die Personaleinheiten wurden von 1,04 PE auf 0,84 PE verringert - konnte den Einnahmenentgang nicht gänzlich wettmachen.

Der Abgang für das laufende Jahr wird sich abweichend vom veranschlagten Minus iHv ca. € 4.500 voraussichtlich wieder dem Niveau der letzten beiden Jahre annähern, da mit einem Anstieg der Lebensmittelkosten wie auch, krankenstandsbedingt, mit erhöhten Personalaufwendungen zu rechnen sein wird.

Dass die Gemeinde trotz optimierten Personaleinsatzes und einer sparsamen Bewirtschaftung den Abgang nicht auf niedrigerem Niveau halten kann, ist nicht zuletzt auch im fortgeschrittenen Dienstal der beiden Köchinnen begründet.

Das Ausspeisungsentgelt pro Kind und Portion entspricht seit 1.1.2010 zwar dem aufsichtsbehördlichen Richtsatz von €2, das Entgelt für Erwachsene mit €2,70 unterschreitet mittlerweile allerdings jenen vorgegebenen Richtwert, der dem Beitrag für Landesbedienstete in den Betriebsküchen (dzt. €3) entspricht.

Um eine weitestgehende Kostendeckung zu erreichen, sind die daher ab 1.1.2012 die Essensentgelte sowohl für Kinder als auch Erwachsene um € 0,30 anzuheben.

Aufbahrungshalle

Die im Eigentum der Gemeinde befindliche Aufbahrungshalle wird von der Pfarre angemietet, die zwar die Leichenhallengebühren einhebt, aber auch eine jährliche Miete an die Gemeinde entrichtet. Damit kann der Hallenbetrieb auch kostendeckend geführt werden. In den letzten 3 Jahren wurde ein marginaler Überschuss von €250 erzielt.

Ausgegliederte Unternehmungen

KG

Die Gemeinde St. Aegidi hat sich gemeinsam mit dem Verein zur Förderung der Infrastruktur, der bereits im Jahre 2006 gegründet wurde, entschlossen, das Unternehmen "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde St. Aegidi & Co KG" zu gründen. Dieser Firmengründung hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 13.5.2011 durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrages zugestimmt.

Da derzeit im Ortszentrum ein Liegenschaftsankauf mit dem Neubau des Amtsgebäudes samt Ortsbildgestaltung und in weiterer Folge auch die Sanierung der Turnhalle geplant ist, soll aus Anlass dieser Investitionen vorerst die Liegenschaftsverwaltung neu strukturiert und dabei in die KG als neuen Rechtsträger ausgegliedert werden.

Noch im laufenden Jahr steht der Grundstücksankauf an, ehe der Neubau des Amtsgebäudes im Rahmen dieses KG-Modells abgewickelt werden wird.

Gemeindevertretung

Gemeindeinterne Prüfungen

Der Prüfungsausschuss hat im Jahre 2010 vier Prüfungen abgehalten, wobei die erfassten Prüfungsfelder durchaus den gesetzlich vorgegebenen Aufgabenstellungen entsprachen.

Aus gegebenem Anlass wird § 91 Abs. 3 Oö. GemO 1990 in Erinnerung gerufen, wonach die Überprüfung der Gebarung nicht nur an Hand des Rechnungsabschlusses, sondern auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich vorzunehmen ist. Als Mindestmaß sind daher jährlich fünf Prüfungen vorzusehen.

Organe der Gemeinde, Geschäftsführung

Sowohl der Gemeinderat als auch der Gemeindevorstand traten auf Basis des halbjährlich festgelegten Sitzungsplanes in den Jahren 2009 und 2010 zu einer ausreichenden Anzahl von Sitzungen zusammen.

Sitzungsgelder

Eine Sitzungsgeld-Verordnung hat der Gemeinderat zuletzt am 6. April 2001 beschlossen. Das Entgelt beträgt für Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates sowie der Ausschüsse einheitlich 1,5 % des Bürgermeisterbezuges. Diese Regelung bewegt sich innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten, die ein Mindest- bzw. Höchstmaß von 1 % bzw. 3 % gestatten.

Weitere wesentliche Feststellungen

Miet- und Pachtverhältnisse

Die Gemeinde vermietet derzeit Räumlichkeiten bzw. Wohnungen im Amtsgebäude sowie in der Volksschule.

Im Amtsgebäude untergebracht ist nur mehr die Geschäftsstelle des Regionalverbandes Sauwald, der seine Büroräume zu einem geringen Pauschalmietzins angemietet hat. Bis Juni 2011 wurden im Kellergeschoss weitere Büroräume vermietet, die nunmehr leer stehen. Im Hinblick auf den geplanten Neubau des Amtsgebäudes ist allerdings nicht mehr beabsichtigt, neuerliche Mietverhältnisse zu begründen bzw. an der bestehenden vertraglichen Regelung Änderungen vorzunehmen.

Drei Wohneinheiten sind im Volksschulkomplex integriert. Eine Wohnung steht gegenwärtig leer und soll in absehbarer Zeit wieder vermietet werden.

Die Mietzinse sind dem Standard entsprechend angemessen und auch wertgesichert. Ab 2011 werden den Betriebskosten auch Verwaltungskostenpauschalen zugerechnet.

Mit Bestandvertrag wird die gesamte Sportanlage mit den dazugehörigen Baulichkeiten dem Union-Sportverein verpachtet, wobei größere Instandhaltungen und Reparaturen der Gemeinde obliegen. Aufgrund geänderter steuerrechtlicher Beurteilung durch die Finanzverwaltung musste der monatliche Bestandzins ab 2011 empfindlich angehoben und der Union rückwirkend ab 2007 nachträglich in Rechnung gestellt werden.

Weitere Mieteinnahmen erhält die Gemeinde auch durch die Vermietung der Aufbahnhalle an die Pfarre. Durch die steuerrechtliche Veränderung, die eine nicht zu bedeckende Zinsanhebung zur Folge hätte, kann dieser Bereich ab 2011 nicht mehr der unternehmerischen Tätigkeit zugerechnet werden, wodurch auch die Geltendmachung des Vorsteuerabzuges entfällt.

Für die Stationierung von 2 Mobilfunkanlagen auf einer Gemeindeliegenschaft lukriert die Gemeinde auf Basis von Nutzungsverträgen alljährlich indexgesicherte Nutzungsentgelte in der Größenordnung von ca. € 5.200.

Grundbesitz

Die Gemeinde verfügt zur Zeit über nachstehende Liegenschaften:

- Baulandwidmung
Nähe Ortszentrum: 4 Parzellen mit insgesamt 2.971 m²: Die Gemeinde ist bemüht, die bereits aufgeschlossenen Baugründe zu veräußern.
- Landwirtschaftliche Nutzung
Ortsteil Lehen: Ein Areal von 10.784 m² dient als Vorbehaltsfläche für den mehrgeschossigen Wohnbau (Mietwohnungen).
Ortschaft Schauern: 2 Grundstücke mit 6.342 m² und 3.865 m² sind reserviert für Betriebsansiedelungen.
Ortsteil St. Aegidi Nord: Ein Areal von 8.609 m² ist vorgesehen als Tauschfläche für evtl. Grundkauf im Ortszentrum;

Bauhof/Fuhrpark

Die Gemeinde verfügt über keinen gesonderten Bauhof. Räumlichkeiten stehen derzeit an drei verschiedenen Standorten zur Verfügung, wobei im Feuerwehrhaus St. Aegidi bei dessen Errichtung als Sparvariante auch 2 Räumlichkeiten für Bauhofzwecke vorgesehen wurden. So ist auch die Unterbringung sämtlicher nachstehend aufgelisteter Fahrzeuge nur dezentral möglich, wie ebenso der Grafik entnommen werden kann:

Bezeichnung	Type	Bauj.	Verwendung	Standort
Pritsche	VW 70 TDI	2001	Bauhof	Tullern 2 (Gemeindearb.)
Rasentraktor	John Deere 955	1991	Bauhof	Bauhof St. Aegidi
Unimog	Merc. U 110	1994	Bauhof	angemietete Halle, Lehen
KDO alt	MB 100 D	1992	Bauhof/FF St. Aeg.	FF-Haus St. Aegidi
KDO	Opel Movano	2009	FF St. Aegidi	FF-Haus St. Aegidi
RLF-A 2000	Steyr 13 S 23	1990	FF St. Aegidi	FF-Haus St. Aegidi
LFB	MB/L 409	1979	FF St. Aegidi	FF-Haus St. Aegidi
KLF-A	MB 410 4x4	1992	FF Hackendorf	FF-Haus Hackendorf

Für die in der Ortschaft Lehen angemietete Halle (ca. 300 m²) ist ein jährlicher Mietzins iHv € 1.800 zuzügl. USt. zu entrichten.

Der bauhofseits vorhandene Fuhrpark kann gemessen an der Größenordnung der Gemeinde bzw. des Straßennetzes als bescheiden erachtet werden und beschränkt sich auf lediglich 3 Fahrzeuge, wobei der Rasentraktor sowie der erst 2008 in stark gebrauchtem Zustand erworbene Unimog bereits deutlich überaltert sind. Mit der Anschaffung des Unimogs - Verwendung im Winterdienst, zur Straßenreinigung und fallweise zu Bauhofarbeiten - sind auch die Instandhaltungskosten signifikant gestiegen. Der Aufwand stieg von ca. € 5.500 im Jahre 2006 auf ca. € 15.000 im Vorjahr 2010. Dieses Kostenniveau wurde auch bereits im Jahr 2009 annähernd erreicht, in dem die Fahrzeuginstandhaltung Kosten von ca. € 14.300 verursachte. Mit einem durchschnittlichen Aufwand von ca. € 9.200 in den letzten 5 Jahren kann aber insgesamt von einem akzeptablen Kostenumfang gesprochen werden. Auch unter Zugrundelegung einer Kostenrechnung kann angesichts der geringen Beschaffungskosten und damit der minimalen Abschreibung der gemeindeeigene Fuhrparkbetrieb als ökonomisch erachtet werden.

Feuerwehrwesen

Die laufenden Aufwendungen im Feuerwehrbereich bezifferten sich 2010 auf rd. € 17.300, womit sich ein Pro-Kopf-Aufwand von rd. € 10 errechnet, der damit erfreulicherweise innerhalb des bezirksweiten Durchschnitt liegt.

Das 2009 erworbene Kommandofahrzeug der FF St. Aegidi übersteigt zwar den lt. Pflichtbereichsklasse notwendigen Ausstattungsbedarf, wurde aber gänzlich von der Feuerwehr eigenfinanziert. Das alte Kommandofahrzeug ist fallweise auch zu Bauhofzwecken im Einsatz.

Aufgrund der Überalterung des Kleinlöschfahrzeuges der FF St. Aegidi wird voraussichtlich im Jahre 2012 die Neuanschaffung eines entsprechenden Neufahrzeuges erforderlich. Die Finanzierung ist bereits gesichert. Zu den Gesamtkosten von ca. € 146.000 erhält die Gemeinde BZ-Mittel von € 70.000 sowie Mittel aus dem Landesfeuerwehrfonds iHv € 53.000. Den restlichen Finanzierungsbedarf von € 23.000 steuert die FF aus Eigenmitteln bei.

Gemeindekooperationen

Die Gemeinde hat sich auf Basis des Wasserrechtsgesetzes im laufenden Jahr mit 7 weiteren Gemeinden zum "Kanalwartungsverband Oberes Donautal" mit dem Ziel zusammengeschlossen, durch eine gemeinsame Bereitstellung von Personal, technischen Gerätschaften, Fahrzeugen, Laboreinrichtungen und sonstigen Spezial-Vorrichtungen alle Anlagen zur Abwasserbeseitigung nach den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit langfristig instandzuhalten. Durch Synergien sollen nicht nur der Kostenumfang gesenkt, sondern gleichzeitig Qualitätssteigerung leistbar werden.

Der vom Verband zu bewältigende Betriebs- und Verwaltungsaufwand erstreckt sich auf annähernd 9.000 EGW mit 205 km Kanallänge und 130 Pumpwerken, 5 Kläranlagen und einer Abwassermenge von 250.000 m³.

Die Gemeinde hat neben 9 weiteren Gemeinden in der Region Sauwald am Projekt "Kommunalaudit" teilgenommen. Mit finanzieller Unterstützung von Bund, Ländern und der Europäischen Union wurde für eine Vielzahl von kommunalen Bereichen ein umfangreicher Kostenvergleich (Benchmark) anhand von Kennzahlen durchgeführt. Damit sollten die Voraussetzungen für künftige Prozessoptimierungen geschaffen werden. Die intensive Einbindung aller beteiligten Gemeinden bewirkte auch eine nachhaltige Fortführung der Kooperationsbereitschaft und innerhalb der jeweiligen Verwaltungsebenen eine permanente kritische Auseinandersetzung auch mit neuen Verwaltungsabläufen.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Förderausgaben ohne Sachzwang bewegen sich deutlich innerhalb des mit Erlass des Landes vom 10.11.2005, GZ. Gem-310001/1159-2005-SI/Dr, bekanntgegebenen Förderrahmens von max. € 15 je Einwohner.

Auch der gesetzlich zulässige Rahmen für Repräsentations- und Verfügungsmittel wurde nicht ausgeschöpft.

Für Betriebsförderungen wurden im Finanzjahr 2010 keine Mittel aufgewendet.

Versicherungen

Der gesamte Jahresaufwand 2010 an Versicherungsprämien belief sich auf ca. € 14.900 und lag damit, gemessen an der Einwohnerzahl der Gemeinde, im Bezirksdurchschnitt.

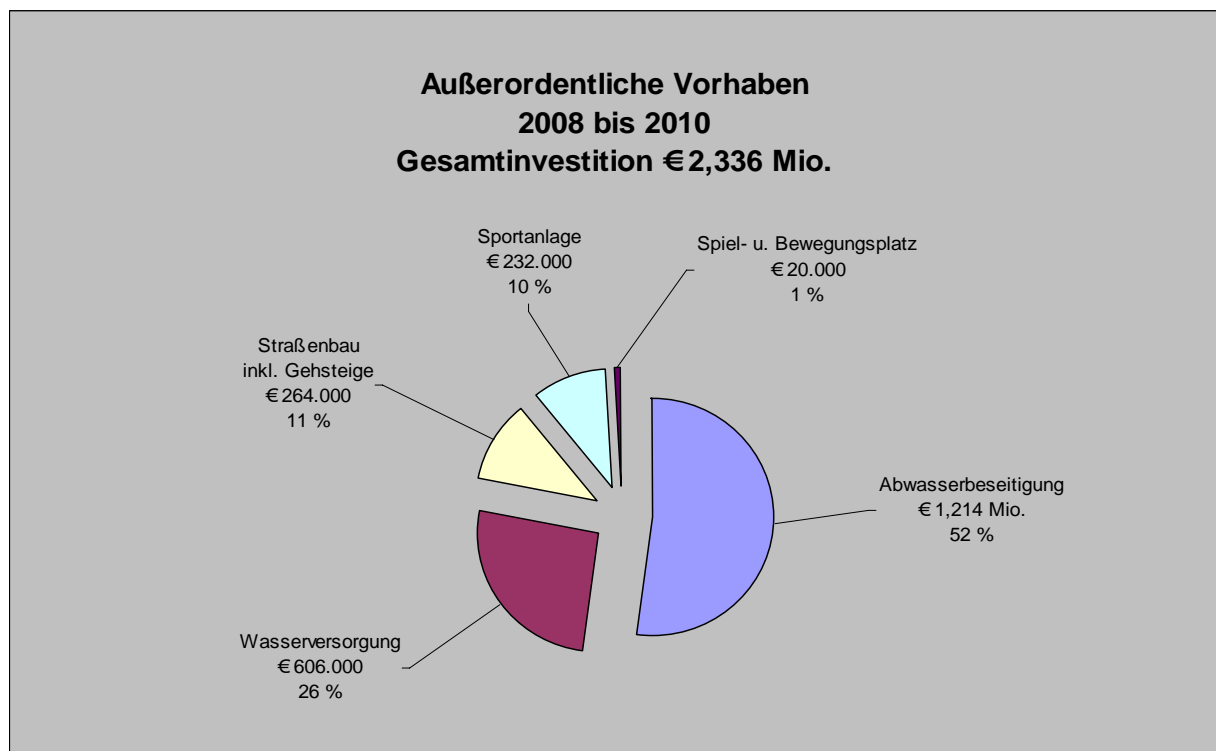
Wenngleich die Prämienleistungen angemessen erscheinen, so empfehlen wir angesichts der Marktdynamik dennoch, nach der letztmalig im Jahre 2000 erfolgreich durchgeführten unabhängigen Versicherungsanalyse zur Auslotung möglicher Einsparpotenziale die bestehenden Verträge neuerlich einer Optimierungsprüfung durch ein unabhängiges Beratungsunternehmen zu unterziehen.

Außerordentlicher Haushalt

Investitionstätigkeit 2008 - 2010

Die Investitionstätigkeit sowie das -volumen der letzten 3 Jahre waren sehr beachtlich. Den Schwerpunkt bildete der Siedlungswasserbau, wobei der Ausbau der öffentlichen Kanalisation in etwa die Hälfte und die Erweiterung der Wasserversorgung in etwa ein Viertel der Gesamtinvestitionssumme in Anspruch nahm.

Aber auch die übrigen Vorhaben - erwähnenswert sind der Straßenausbau inkl. Gehsteigerrichtung, der Neubau der Sportanlage sowie die Errichtung eines Spiel- und Bewegungsplatzes - stellen einen enormen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der örtlichen Infrastruktur dar:



Die Bedeckung dieser ao. Investitionen musste mit knapp € 1,3 Mio. bzw. zu rd. 54 % und damit in etwa zur Hälfte aus Fremdfinanzierungsmitteln, primär innerhalb des Förderrahmens für Siedlungswasserbauten, aufgebracht werden. Für Letztere wurden auch vorerst tilgungsfrei gestellte Investitionsdarlehen des Landes iHv insgesamt ca. € 284.000 gewährt. Aber nicht nur diese Darlehen, sondern auch die in Anspruch genommenen Bankdarlehen stellen trotz der beachtlichen Höhe mittelfristig keine nennenswerte nachhaltige Budgetbelastung dar, da der entsprechende Schuldendienst weitestgehend durch Finanzierungszuschüsse gedeckt ist.

Die weiteren Bedeckungsmittel konnten in etwa zu je ca. 10 % (annähernd € 230.000) durch Eigenmittel und Interessentenbeiträge aufgebracht werden.

Die gewährten BZ-Mittel sowie Landeszuschüsse blieben mit ca. jeweils 6 % bzw. ca. € 150.000 in eher bescheidenem Rahmen.

Die sonstigen Finanzierungsmittel bildeten mit ca. € 54.000 einen Anteil von lediglich 2 % an den Gesamteinnahmen von ca. € 2,38 Mio..

Überblick über den ao. Haushalt mit Ende 2010 - Saldenbestand

Mit Ende 2010 weist der Rechnungsabschluss der Gemeinde im ao. Haushalt nachstehende Saldenbestände auf. An Netto-Belastung verbleiben ca. € 142.000:

Ao. Vorhaben / RA Gemeinde	Überschuss €	Abgang €
Sportanlage (Kabinengebäude mit Tribüne)		23.906,88
Gehsteigbau		23.114,98
Siedlungsstraßenbau 2007 - 2009	9.677,03	-
Spiel- und Bewegungsplatz		20.504,42
Wasserversorgung BA 02		26.141,73
Wasserversorgung BA 03		9.376,92
Abwasserbeseitigung BA 03		23.454,91
Abwasserbeseitigung BA 04		25.477,46
Gesamtsummen	9.677,03	151.977,30
Gesamt-Saldo / Abgang	-	142.300,27

Der Negativsaldo im ao. Haushalt der Gemeinde wurde überwiegend durch den Siedlungswasserbau verursacht. Die Gemeinde hat hierfür keine gesonderten Zwischenfinanzierungen getätigt, da aufgrund der moderaten Rücklagenbestände in der Verwahrgeldgebarung trotz des Abgangs im ordentlichen Haushalt die Liquidität gegeben war und auch derzeit noch gewährleistet ist.

Die Bedeckung sämtlicher mit Ende 2010 aushaftender Finanzierungslücken ist gesichert. In diesem Zusammenhang lässt sich generell feststellen, dass ao. Vorhaben stets mit Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde bzw. nur bei gesicherten Finanzierungen in Angriff genommen wurden.

Sportanlage

Da das zu Beginn der 90er Jahre vom Sportverein errichtete Umkleidegebäude nicht mehr dem zeitgemäßen sanitären Standard entsprach, entschloss sich der Gemeinderat für einen Neubau eines Kabinengebäudes mit Tribünenanlage in unmittelbarer Nähe des alten Gebäudes, das vom Tennisverein noch als Provisorium genutzt wird.

Die neue Anlage wurde in den Jahren 2007 - 2009 mit Gesamtbaukosten iHv ca. € 474.300 errichtet. Damit wurde der dem Finanzierungsplan zugrundegelegte Kostenrahmen von € 452.000 um ca. € 22.000 überschritten. Maßgeblichster Grund hierfür war neben dem gestiegenen Baukostenindex der zusätzliche Einbau einer Gebäudebeheizung auf Basis von Erdwärme sowie einer solarthermischen Warmwasseraufbereitung.

Das Vorhaben wurde bereits endabgerechnet und dem Amt der öö. LR vorgelegt.

Deckungsmittel stehen iHv ca. € 450.000 zur Verfügung, womit sich gegenwärtig noch ein Finanzierungsbedarf von knapp € 24.000 - dieser entspricht in etwa dem Umfang der Kostenüberschreitung - ergibt. Aufgebracht werden diese Mittel ausschließlich vom Sportverein, wobei jährliche Raten vereinbart wurden.

Gehsteigbau

Zur Hebung der Verkehrssicherheit wurden in den Jahren 2008 und 2009 in den Ortsteilen Schauern und Sonnenhang entlang von Landesstraßen zwei neue Gehsteige in einer Länge von ca. 230m und ca. 100m errichtet. Die Baumaßnahmen wurden von der Landesstraßenverwaltung ausgeführt.

Die Gesamtkosten für beide Baulose betragen ca. € 74.000.

Bis Ende 2010 standen Deckungsmittel von nur knapp € 51.000, vorwiegend in Form von Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes, zur Verfügung, sodass ein Finanzierungsbedarf von ca. € 23.000 bestand. Durch die Flüssigmachung von entsprechenden BZ-Mitteln konnte dieser mittlerweile bedeckt werden. Das Vorhaben ist damit gänzlich abgeschlossen.

Siedlungsstraßenbau 2007 - 2009

Dieses Vorhaben umfasst den Ausbau zahlreicher Teilstücke von Siedlungsstraßen, im Wesentlichen aber die Siedlungsstraße Lehen sowie straßenbauliche Maßnahmen im Bereich Sonnenhang und wurde auch auf die Jahre 2010 und 2011 ausgedehnt.

Bei Gesamtkosten von knapp € 190.000 und Deckungsmitteln von knapp € 200.000 haftete mit Ende 2010 ein vorläufiger Überschuss von rd. € 10.000 aus. Dieser Überhang wie auch die 2011 zuerkannten BZ-Mittel von € 7.000 und weiters noch zu erwartende Aufschließungsbeiträge und weitere Landeszuschüsse sollen zur Finanzierung der noch im laufenden Jahr geplanten Asphaltierung der zuletzt ausgebauten Straßenverläufe herangezogen werden, womit das Vorhaben gänzlich beendet werden sollte.

Spiel- und Bewegungsplatz

Die Gemeinde verfügte bis 2010 über keinerlei Freizeit- bzw. Spieleinrichtungen für Kinder, weshalb der Gemeinderat entschied, einen Spiel- und Bewegungsplatz für Kinder im zentralen und öffentlich zugänglichen Bereich der Volks- und Hauptschule zu schaffen.

Dieses Projekt wurde im Herbst 2010 begonnen und konnte im Juni des laufenden Jahres 2011 weitestgehend beendet werden.

Die Durchführung basierte auf dem Gestaltungskonzept eines technischen Büros für naturnahe Freiraumgestaltung und wurde auch unterstützt von der Abteilung Naturschutz und der Oö. Akademie für Umwelt und Natur beim Amt der Oö. LR.

Die vorläufigen Endkosten belaufen sich auf annähernd € 60.000 und bewegen sich damit auch auf Niveau der Kostenschätzung bzw. im Rahmen der genehmigten Finanzierung vom 1. Juli 2010.

Von den vorgemerkten Fördermitteln iHv ca. € 44.000 wurden bis zum Prüfungszeitpunkt lediglich BZ-Mittel von € 12.000 flüssiggemacht. Die mit ca. € 11.000 und knapp € 4.000 vorgesehenen Darlehens- sowie Eigenanteile sollen durch Eigenleistungen und Sponsor-mittel ersetzt werden.

Die gesamten Ausgaben werden kurzzeitig gänzlich durch den Kassenkredit vorfinanziert.

Wasserversorgung

BA 01

Der erste Bauabschnitt umfasste mit einem Kostenvolumen von ca. € 2,357 Mio. den Beginn des Ausbaus der öffentlichen Wasserversorgung im Jahre 2005 vom Ortsbereich bis zu den nächstgelegenen Ortschaften sowie die Errichtung der Bohrbrunnen und Quellfassungen.

Kollaudiert und finanziell abgeschlossen wurde dieser Ausbaubereich im Jahre 2010.

BA 02

Dieser Bauabschnitt setzt mit dem Ausbau des Versorgungsnetzes in den Ortschaften Hackendorf und Walleiten fort und könnte noch im laufenden Jahr baulich gänzlich beendet werden. Bei Kosten von rd. € 492.000 und Einnahmen von ca. € 466.000 schließt das Vorhaben Ende 2010 mit einer vorläufigen Finanzierungslücke von rd. € 26.000. Im laufenden Jahr 2011 sind noch Restaufwendungen in der Größenordnung von mindestens € 50.000 zu erwarten, womit der Mittelbedarf zur Ausfinanzierung auf ca. € 80.000 ansteigen wird. Die Mittel sind allerdings sichergestellt, da die Gemeinde nach der Kollaudierung dieses BA noch Investitionsdarlehen zu erwarten hat und auch der iHv € 30.000 aushaftende Rücklagenbestand herangezogen werden kann.

BA 03

Die dritte Ausbauphase erstreckt sich auf die Ortschaft Tullern und wurde erst 2010 begonnen. Bei Einnahmen von ca. €47.000 und Kosten von ca. €56.000 ergab sich mit Ende 2010 vorläufig ein nur sehr geringer Deckungsbedarf von ca. €10.000.

Die Baufertigstellung ist für 2012 geplant.

Durch die genehmigte Finanzierungsdarstellung sollte auch diese Ausbaustufe finanziell gesichert sein.

Abwasserbeseitigung

BA 03

Der bereits 2006 begonnene Bauabschnitt zur Einbindung der Ortschaften Hackendorf und Walleiten in das Kanalisationsnetz wird noch im laufenden Jahr 2011 beendet werden können.

Dem bis Ende 2010 getätigten Investitionsvolumen von ca. €1,093 Mio. standen Deckungsmittel von ca. €1,116 Mio. gegenüber, sodass ein Mittelbedarf von ca. €23.000 bestand. Im Hinblick auf noch zu erwartende Kosten in der Größenordnung von ca. €150.000 werden zur Ausfinanzierung insgesamt noch Einnahmen von mindestens €170.000 benötigt. Sichergestellt sind diese durch noch zu erwartende Investitionsdarlehen des Landes und Anschlussgebühren wie auch durch die Inanspruchnahme von Rücklagen, welche derzeit iHv €163.000 in der Verwahrgeldgebarung deponiert sind.

BA 04

Dieser Bau- bzw. Erweiterungsabschnitt erfasst ausschließlich die Ortschaft Tullern und wurde 2010 begonnen. Die bauliche Fertigstellung ist noch im laufenden Jahr 2011 vorgesehen.

Der Kostenaufwand belief sich bis Ende 2010 auf ca. €128.000 und ist durch Einnahmen von ca. €103.000 nur teilbedeckt. Die Ausfinanzierung gestaltet sich ähnlich den Bedeckungsmöglichkeiten des BA 03 und ist damit gesichert.

BA Grafendorf

Die 2010 durchgeführte Kanalisationserweiterung in die Ortschaft Grafendorf betrifft aufgrund der Zweiteilung zwischen der Gemeinde St. Aegidi und der Marktgemeinde Kopfing nur wenige Liegenschaften.

Die im Vorjahr dargestellten Kosten von annähernd €26.000 betreffen lediglich die im Zuge der Kanalbauarbeiten entstandenen Asphaltierungskosten am Güterweg Witzenedt, die vom Wegeerhaltungsverband Innviertel ersetzt wurden.

Die eigentlichen anteiligen Kanalbaukosten der Gemeinde St. Aegidi werden auf ca. €115.000 geschätzt und von der auftragsgebenden Gemeinde Kopfing noch in Rechnung gestellt.

Die Finanzierung dieses Anteils entspricht dem üblichen Bedeckungsschema und ist ebenso gesichert. Die Gemeinde muss hierfür primär ein Bankdarlehen in Anspruch nehmen, kann aber auch Anschlussgebühren in moderater Höhe lukrieren.

Finanzjahr 2011 und mittelfristige Planung

Das ao. Budget des laufenden Jahres 2011 der Gemeinde wird nach wie vor primär von den Investitionen im Siedlungswasserbau bestimmt. Neuerlich veranschlagt sind Ausgaben für den Liegenschaftsankauf zur Neuerrichtung des Amtsgebäudes. Ein eher bescheidenes Kostenvolumen ist für die Fortführung des Straßenbauprogramms sowie die Fertigstellung des Spiel- und Bewegungsplatzes vorgesehen.

Die mittelfristige Investitionsplanung sieht neben einer Weiterführung der Siedlungswasser-tätigkeit und einer moderaten Fortführung des Straßensanierungsprogramms als zukünftige Neuprojekte vor allem die Kindergartensanierung sowie die Sanierung der Turnhalle der

Volks- und Hauptschule sowie die Neuerrichtung des Amtsgebäudes vor. Auch der Ankauf eines Kleinlöschfahrzeuges ist beabsichtigt und sollte entsprechend den schriftlichen Mittelzusagen 2012/2013 möglich sein.

Während für die Kindergartensanierung die aufsichtsbehördliche Genehmigung bereits für das Frühjahr 2012 in Aussicht gestellt wurde, soll der Neubau des Amtsgebäudes nach Mitteilung des zuständigen politischen Referenten erst 2014 realisiert werden können.

Schlussbemerkungen

Die Gemeinde St. Aegidi war bis 2008 in der erfreulichen Lage, ihren ordentlichen Haushalt nicht nur ausgleichen, sondern darüberhinaus dank moderater Eigenmittel auch beachtliche Investitionen tätigen zu können. Im Umgang mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kann im allgemeinen durchaus eine verantwortungsvolle Gebarungsführung bescheinigt werden.

Die generelle Wirtschaftskrise und der dadurch bedingte abrupte Einbruch bei der Steuerkraft einerseits sowie der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Umlageleistungen andererseits brachten die Gemeinde ab 2009 in eine defizitäre Haushaltslage. Die Gemeindevertretung steht derzeit vor der Herausforderung, die Investitionsfreudigkeit hintanzustellen und der Konsolidierung des ordentlichen Haushaltes größtes Augenmerk zu schenken. Der erfreulicherweise bereits eingeschlagene Sparkurs ist konsequent fortzusetzen.

Für die konstruktive Zusammenarbeit und das außerordentlich positive Prüfungsklima sei dem Bürgermeister und den Bediensteten ein besonderer Dank ausgesprochen.

Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rahmen der Schlussbesprechung am 19.9.2011 dem Bürgermeister und dem Amtsleiter präsentiert.

Schärding, am 13. Oktober 2011

Manfred Berger